Nr. 21 — Jahrgang 14 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 25. Januar 1929

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.15 Zlp. Anzeigen unter Text 0.60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 1. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Vernichtungsfeldzug gegen den Trotzkismus

Ein Geheimbund ausgehoben — 150 Verhaftungen in Moskau — Massenverhaftungen in anderen Gebieten — Keine Rücksicht auf die Opposition

Moskau. Wie gemeldet wird, verhaftete die G. P. U. 150 Mitglieder der Moskauer Parteiorganisation, die der Trotzkigruppe angehört. Unter den Verhafteten befindet sich auch der ehemalige Handelsvertreter der Sowjetunion in Paris, Mdiwani, das ehemalige Mitglied des Kriegs- und Revolutionsrates, Pankratow, und der ehemalige Chefredakteur und Mitarbeiter Lenins, Woronski. Bei den Haussuchungen soll zahlreiche sowjetfeindliche Literatur, eine Geheimdruckerei und viele Geheimdokumente gefunden worden sein, die die unmittelbare Verbindung der Opposition mit dem Ausland beweisen. Jaroslawski, einer der hauptsächlichsten Urheber der Bekämpfung der Opposition und Mitarbeiter der „Prawda" und „Iswestija", erklärte auf einer Arbeiterkonferenz, daß die Partei nunmehr vor keiner Maßnahme gegen die Opposition zurückschrecken werde.

Wie aus Moskau gemeldet wird, erläßt das Zentralkomitee der kommunistischen Partei eine längere Erklärung, die als ein Auftakt zu der allerschärfsten Bekämpfung der Opposition zu bewerten ist. Die Erklärung gibt eine geschichtliche Uebersicht über den Kampf mit der Opposition und fährt fort: Das Zentralkomitee habe feststellen können, daß die Trotzkisten Anhänger aus allen Elementen der Sowjetgegner würden und daß diese ihrerseits unabhängig von ihrer politischen Einstellung Trotzki zum Führer gewählt hätten. Die Trotzkisten hätten versucht, die Sowjetregierung und die Zentrale in den Augen der Sowjetbevölkerung herabzusetzen. Trotzki selbst habe sich nicht gescheut, hierfür die ausländische Renegatenliteratur zu benutzen. Am 21. Oktober 1928 habe Trotzki im Auslande einen Brief veröffentlichen lassen, ferner Beiträge in der russischen Emigrantenzeitung „Rul", in der er das Sowjetregime als ein „Kerenski-Regime von der anderen Seite" bezeichnete und zur aktiven Arbeit gegen die Sowjetregierung aufforderte. Die Trotzkistenopposition verbreite Aufrufe und Flugblätter an die Truppen der Roten Armee, in denen angedeutet und auch offen ausgesprochen werde, daß aus der Roten Armee Bonapartistenbewegung entstehen müsse. In weiteren Flugblättern habe die Opposition eine Spaltung in der Komintern und in den oberen Befehlsstellen der Roten Armee hervorrufen wollen. Trotzki habe im letzten Jahre die Rolle übernommen, die bislang die Menschewisten und die Weißgardisten gegenüber der Sowjetregierung innehatten. Angesichts dieser schwerwiegenden Ereignisse habe die O. G. P. U. die Vollmacht erhalten, mit allen Mitteln gegen die Trotzkiopposition vorzugehen. Ferner ermahnt das Zentralkomitee, alle Parteimitglieder nochmals zur Einsicht. Die Geduld des Zentralkomitees gegenüber der Trotzkistenopposition sei nunmehr zu Ende.

Wenn diese Kampfansage zur Wirklichkeit wird, dann dürften dem Sowjetstaat ernste innerpolitische Ereignisse bevorstehen.

Moskau gegen ein Ostlocarno

Eine litauische Note an die Westmächte

Moskau. Wie gemeldet wird, hat gestern der Stellvertreter des Außenkommissars Litwinow noch einmal den polnischen Gesandten Dr. Patek empfangen, mit dem er eine längere Unterredung über die polnischen Beziehungen zu Sowjetrußland hatte. Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, will die Sowjetregierung alles unternehmen, um die polnischen Pläne zur Bildung eines baltischen Blocks ohne Rußland zu verhindern. Die Sowjetregierung hat durch Litwinow dem polnischen Gesandten ihren Standpunkt in dieser Frage auseinandergesetzt und betont, daß die Sowjetregierung bis auf weiteres Gegner eines Ostlocarnos sei.

Eine Note Litauens an alle Westmächte

Kowno. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, hat die litauische Regierung allen Westmächten eine Note zugehen lassen, in der ihre Haltung zu dem Angebot der Sowjetunion, den Kelloggpakt unverzüglich in Kraft zu setzen, eingehend begründet wird. Der Wortlaut der Note wird morgen offiziell bekanntgegeben werden.

Zaleski und die Minderheiten

Auch die anderen Minderheitenvertreter im Sejmausschuß gegen Zaleski.

Warschau. In der Mittwochsitzung des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Sejms wurde die Aussprache über die Rede des Außenministers Zaleski fortgesetzt. Der Sprecher der polnischen Sozialdemokraten erklärte u. a., daß die Erhaltung der deutschen Sejmkoalition für Polen wichtiger sei als man denke. Besonders bemerkenswert war die Rede des Vorsitzenden der ukrainischen Undofraktion, Lewicki, in der es u. a. heißt, daß die friedensfreundlichen Ausführungen Zaleskis mit der fortschreitenden Militarisierung Polens in schärfstem Widerspruch ständen. Schon die Vorgänge bei der Probemobilisierung in zwei Wojewodschaften in Galizien erweckten in der Bevölkerung große Beunruhigung und deuteten auf die Möglichkeit eines neuen Krieges hin.

Deutsch-polnisches Sparkassenabkommen

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht Mittwoch den Wortlaut des am 14. Dezember 1928 in Berlin unterzeichneten deutsch-polnischen Sparabkommens, das noch der Zustimmung der deutschen und der polnischen an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften bedarf. In dem Schlußprotokoll wird festgestellt, daß die Rechtsverhältnisse derjenigen Sparkassen, die nicht als durch die Grenzziehung durchschnitten gelten, soweit sie einer zwischenstaatlichen Regelung bedürfen, nach den Bestimmungen des Aufwertungsabkommens abgewickelt werden.



Amerikas neuer Innenminister
ist der Rechtsanwalt Roy O. West, einer der Führer der Republikanischen Partei von Chikago.

Habib Ullah gegen Aman Ullah

Kairo. Wie aus Kabul gemeldet wird, hat Habib Ullah einen Befehl zur Verhaftung König Aman Ullah, seiner Verwandten und sogar seiner Großmutter erlassen. Er hat demjenigen, der Aman Ullah und seine Verwandten gefangen nimmt, eine große Belohnung versprochen. Den Führern der Stämme hat er erklärt, daß er ohne Kampf die Macht in Kabul Aman Ullah nicht überlassen werde. Er beabsichtigt, Aman Ullah noch einmal zum Verlassen Afghanistans aufzufordern und, falls er dieser Aufforderung nicht Folge leist, ihn durch eine militärische Unternehmung dazu zu zwingen. Gestern haben die Flieger Aman Ullahs neue Aufrufe in Kabul abgeworfen, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, Habib Ullah den Gehorsam zu verweigern.

Massenhinrichtungen in Guatemala

London. Eine größere Anzahl der Führer der Revolution in Guatemala ist hingerichtet worden. Die Regierungstruppen verfolgen den Teil der Rebellen, der sich bisher nicht ergeben hat.

Krise des Kommunismus

Rußland feiert den fünften Todestag Lenins in einem Augenblick, in dem das Erbe des großen Führers von schweren Krisen erschüttert wird. In Rußland selbst ringt das Sowjetregime in schwerem Kampfe mit Ernährungsschwierigkeiten in den Städten und dem Warenhunger in Stadt und Land, mit Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten stärken die Opposition von links und von rechts gegen die Führung Stalins. Trotzky, in seiner Verbannung in der turkestanischen Steppe schwer an Malaria erkrankt, ist unbeugsam geblieben. Er hat einen Versuch Stalins, ihn mit dem herrschenden Regime zu versöhnen, stolz zurückgewiesen. Er hat den Gegensatz verschärft, indem er, der bisher nur die Wirtschaftspolitik Stalins bekämpft hat, nun zum erstenmal eine politische Forderung dem System der Sowjetregierung entgegenstellt: die Forderung nach dem geheimen Wahlrecht. Der Arbeiter, schreibt Trotzky in einem Briefe, den das Berliner Organ der Trotzkysten veröffentlicht hat, der Arbeiter könne es bei öffentlicher Abstimmung nicht wagen, gegen die allmächtigen Gewalthaber zu stimmen; man müsse der Partei, den Gewerkschaften, den Sowjets das geheime Wahlrecht geben, damit die Arbeiter frei entscheiden und die Diktatur über das Proletariat in eine Diktatur des Proletariats rückwandeln können. Stalin hat diesen Stoß Trotzkys damit beantwortet, daß er anläßlich der Sowjetwahlen, die jetzt stattfinden, wieder Dutzende Trotzkysten verhaften und verschicken ließ.

Aber viel mehr Sorge als die Trotzkystische Opposition von links bereitet Stalin die Opposition von rechts, die die Wirtschaftskrise durch die Aenderung des Kurses der Agrarpolitik, durch Einstellung des Krieges gegen die größeren Bauern, deren Produkte der städtische Markt braucht, mildern möchte. Ist diese Opposition doch von den Wirtschaftsführern des Sowjetstaates, von den Organisationen der staatlichen Industrie-, Handels- und Finanzbetriebe getragen, sitzt doch ihr geheimes Haupt, der Volkskommissär für Finanzen Frumkin, in der Sowjetregierung selbst. Die ganze Stalin dienstbare Presse ist immer noch voll des Kampfes gegen die „rechte Abweichung".

Die Krise innerhalb der russischen bolschewistischen Partei hat aber auch auf die Kommunistische Internationale übergegriffen. Die Trotzkysten melden, daß Bucharin, der Lieblingsschüler Lenins, der Theoretiker des Bolschewismus, der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, demissioniert habe; Stalin hat diese Meldung nicht dementiert. Bucharin hat sich schon einigemal aufgelehnt und sich doch immer wieder der eisernen Hand gebeugt; es mag sein, daß er es auch diesmal tun wird. Aus so hartem Material wie die Trotzky, Rakowski, Radek ist er nicht gemacht. Trotzdem ist die Erschütterung seiner Stellung ein sehr wichtiges Anzeichen der krisenhaften Vorgänge, die sich in der Kommunistischen Internationale vollziehen.

Der Bolschewismus hatte bis zum vorigen Jahre eine große weltpolitische Konzeption. Er hoffte, seinen Todfeind, den britischen Imperialismus, durch zwei grandiose „Einheitsfrontmanöver" an besonders verwundbaren Stellen treffen zu können: durch das englisch-russische Gewerkschaftskomitee, das wie die Kommunisten hofften, die englischen Gewerkschaften, die englische Arbeiterklasse unter Moskaus Führung bringen werde, und durch die Kuomintang, die das große China unter Moskaus Führung bringen sollte. Beide Versuche mißlangen. Die englischen Gewerkschaften haben nach dem Generalstreik von 1926 eine Wendung nach rechts vollzogen, das russisch-englische Komitee aufgelöst, die Arbeiterpartei hat die Kommunisten aus ihren Reihen ausgestoßen. Die Kuomintang hat sich nach der Eroberung Schanghais gegen Moskau gewendet, sie hat die revolutionären Arbeiter blutig niedergeworfen, sie hat mit der Niederwerfung Kantons die chinesischen Kommunisten ausgerottet. Die beiden großen Versuche sind gescheitert. So mußte die Kommunistische Internationale nun ihre Aufmerksamkeit nach einer anderen Richtung konzentrieren. Sie wendet sie jetzt den Ländern zu, in denen große kommunistische Parteien bestehen: Deutschland, Frankreich und Tschechoslowakei.

Aber in diesen Ländern ist die Lage heute ganz anders als in der Revolutionszeit 1917 bis 1923. Der Kapitalismus, in der Zeit der Geldentwertung schwer erschüttert, hat sich seither stabilisiert. Die Regierungen haben seither überall den im Ausgang des Krieges schwer erschütterten militärischen Gewaltapparat wieder so mächtig aufgebaut, daß Putschversuche, Versuche einer gewaltsamen Revolution, jetzt nirgends in Europa Aussicht auf Erfolg ha-

ben. Was können unter solchen Umständen die kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, der Tschechoslowakei noch tun? Von 1918 bis 1923 haben die deutschen Kommunisten einen Putsch nach dem anderen versucht; seit 1923 konnten sie keinen mehr wagen. Sie können jetzt nichts anderes tun, als die Rechte, die die Demokratie den Arbeitern gibt, ausnützen, den Kampf mit demokratischen Mitteln führen, können im Wesen nichts anderes tun, als was überall in der Welt eine oppositionelle Arbeiterpartei in der Demokratie tut — ganz wie Sozialdemokraten auch! Moskau fürchtet, daß diese Lage den Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten verwischen und die beiden Arbeiterparteien einander dermaßen annähern könnte, daß die kommunistischen Parteien schließlich in der Sozialdemokratie aufgehen würden. Das zu verhüten, das ist der Zweck der „neuen Politik“, die der letzte Kongreß der Kommunistischen Internationale genehmigt hat. Als der Bolschewismus noch die englischen Gewerkschaftsführer gewinnen zu können hoffte, war seine Parole die „Einheitsfront“. Die Parole der „neuen Politik“ ist gerade im Gegenteil: Schärfste Abgrenzung von der Sozialdemokratie und schroffster Kampf gegen die Sozialdemokratie!

Die erste Tat dieser „neuen Politik“ war der Auftrag an die französischen Kommunisten, bei den Kammerwahlen im zweiten Wahlgang ihre Kandidaturen aufrechtzuerhalten — sie haben dadurch der Reaktion zur Mehrheit in der Kammer verholfen. Ihre zweite Tat war der Auftrag an die englischen Kommunisten, bei den kommenden Wahlen Kandidaten gegen die Arbeiterpartei aufzustellen, unbekümmert darum, daß dadurch die bedrohte reaktionäre Mehrheit gerettet werden kann. Ihre für sie selbst folgenschwerste Tat aber war der Auftrag an die deutschen Kommunisten, ihren rechten Flügel aus der Partei hinauszuwerfen.

Unerhörtes geht jetzt in der deutschen Kommunistischen Partei vor. Die „Rechten“ mit Brandler und Thalheimer an der Spitze, die ganze alte Garde des Spartakusbundes, sind aus der Partei ausgeschlossen worden. Von den kommunistischen Abgeordneten im thüringischen Landtag sind alle ausgeschlossen worden, außer einem, im sächsischen Landtag hat sich die kommunistische Fraktion in zwei Fraktionen geteilt, die einander öffentlich, in der Landtagsstube, vor den schmunzelnden bürgerlichen Abgeordneten des Verrats beschuldigen. Ganze Organisationen sind durch diese Operation gesprengt worden. Es gibt jetzt in Deutschland glücklich schon vier kommunistische Parteien, die einander leidenschaftlich beschimpfen: die Stalinisten mit Thälmann, die linken Trotzkysten mit Maslaw und Ruth Fischer, die Rechten mit Brandler u. Thalheimer an der Spitze und dazu noch die syndikalistische „Kommunistische Arbeiterpartei“ Pfemferts.

Dabei hat die orthodoxe, von Moskau allein anerkannte Partei die tollsten Wege eingeschlagen. Hat sie doch im Ruhrkampf die Parole ausgegeben und praktiziert, die Aufgabe der Kommunisten bei großen Lohnkämpfen sei es, die Unorganisierten gegen die Gewerkschaften zu mobilisieren. Die Partei, die die Vorhut, die „Avantgarde“ des Proletariats sein wollte, weiß keine andere Hoffnung mehr, als sich auf die rückständigsten Arbeiterschichten, die Indifferenten zu stützen!

Die Krisen, in die jetzt alle kommunistischen Parteien geraten sind, haben eine gemeinsame Ursache. Stalin klammert sich an die Illusionen der revolutionären Entwicklungsphase in einer Zeit, in der die revolutionäre Entwicklungsphase vorläufig vorüber, die Macht des Kapitalismus in der Welt vorerst stabilisiert ist. Daher sein Widerstand gegen die von der Rechten geforderte Wendung der russischen Wirtschaftspolitik, die allein das Sowjetsystem aus den schweren Wirtschaftskrisen herausführen könnte. Daher sein Versuch, die Spaltung des Proletariats in den demokratischen Ländern zu vertiefen, in einer Zeit, in der die Kommunisten doch selbst in diesen Ländern nichts anderes mehr tun können, als auf dem Boden der Demokratie mit demokratischen Kampfmitteln den Kampf zu führen, wodurch also die Spaltung des Proletariats völlig sinnlos geworden und nur durch künstliche Zuspitzung der Gegensätze aufrechtzuerhalten ist. Es ist der Kampf der Revolutionsromantik gegen die Wirklichkeit. Lenin hat 1921, als die unerbittliche Wirklichkeit eine Wendung erforderte, durch die Wendung zur Nep die russische Revolution gerettet. Stalin stürzt, indem er sich gegen die Notwendigkeit einer neuen Wendung, einer neuen Anpassung an die Tatsachen wehrt, Lenins Erbe in schwere Krisen.

(„Wiener Arbeiter-Zeitung“.)

Starker Temperaturfall in Polen

Warschau. Die Temperatur ist in verschiedenen Teilen Polens wieder auf 21 Grad unter Null gefallen. Das Eis der Weichsel hat stellenweise eine Dicke von 60 Zentimetern erreicht.



Der neue chinesische Gesandte in Berlin

Der neuernannte chinesische Gesandte für Deutschland und Oesterreich, Chiang Tso Pin, ist mit seinem Stab soeben in Berlin eingetroffen, wo er von Vertretern des Auswärtigen Amts, Herren der chinesischen Gesandtschaft in Berlin sowie von zahlreichen Landsleuten begrüßt wurde. Der Posten des chinesischen Gesandten in Deutschland war 2 Jahre lang nicht besetzt. — Porträt Chiang Tso Pin.



Die ersten Aufnahmen von Aman Ullahs Kämpfen um seinen Thron

Die hier veröffentlichten Bilder von den ersten Kämpfen um die heute noch umstrittene afghanische Hauptstadt sind die ersten Photos, die überhaupt von dort nach Deutschland gekommen sind. — Einbringung einer Anzahl von Gefangenen mit erhobenen Händen durch die damals noch erfolgreichen Truppen Aman Ullahs.

200000 Mk. Lohngelder geraubt

Großer Einbruch auf der Zeche Königsborn

Hamm. Durch Einbruchsdiebstahl wurden auf der Zeche „Königsborn“ Schacht II in Heeren in der vergangenen Nacht die Lohngelder in Höhe von über 200 000 Mark gestohlen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Als Täter kommt mit größter Wahrscheinlichkeit der Leiter der Zechenpolizei Max Domisch in Frage, der seit Mittwoch früh vermißt wird.

*

Dortmund. Die vorläufigen Feststellungen, die die Landeskriminalpolizeistelle Dortmund in der Angelegenheit des Kasseneinbruchs auf Zeche Königsborn machen konnte, haben ergeben, daß der geflüchtete Max Domisch den Lohngeldraub von langer Hand vorbereitet haben muß. Domisch hatte am Dienstag an dem Geldtransport teilgenommen und wußte, wo das Geld aufbewahrt ist. Am Abend beauftragte er einen Wachbeamten, einen Kontrollgang zu machen, der ihn etwa 1½ Stunden von dem Kassenraum fernhielt. Domisch muß nach dem Weggang des Beamten sofort begonnen haben, die etwa 30 Zentimeter starke Betondecke zu durchbrechen. Das Loch ist etwa 35 Zentimeter im Durchmesser und gab ihm die Möglichkeit, sich ohne Schwierigkeiten des Geldes zu bemächtigen. Die in der Hauptsache aus Scheinen bestehenden Gelder sind Stücke zu 50, 20 und 10 Mark. Außerdem nahm der Räuber für 4000 Mark Silbergeld an sich. Es muß damit gerechnet werden, daß Domisch sich von Dortmund aus nach dem Saargebiet gewandt hat, weil er in der Nähe von Saarbrücken eine Frauenbekanntschaft unterhielt. Möglicherweise hat sich Domisch, der im Besitz eines gültigen Auslandspasses ist, auch direkt nach Paris begeben. Domisch steht im 36. Lebensjahr und war während des Krieges bei der Schutztruppe in China, wo er in Gefangenschaft geriet. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern, die er im Stich gelassen hat.

Berliner Verbrecherklubs am Werk

Massenschlägerei im Norden Berlins

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter kam es vor Mitternacht in der Dunckerstraße im Norden Berlins zu einer neuen Massenschlägerei zwischen etwa 40 Mitgliedern der beiden Vereine „Nordring“ und „Nordpiraten“. Nach dem Vorbild der „Immertreu“-Leute fuhren vor einem Lokal in der Dunckerstraße plötzlich drei Kraftdroschken vor. Den Wagen entstiegen etwa 10 bis 12 Mann, die in das Lokal eindrangen und mit mehreren dort sitzenden Gästen Streit anfingen. Es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf auch ein Schuß abgefeuert wurde, der aber sein Ziel verfehlte. Durch schnelles Eingreifen der Polizei konnte ernstes Blutvergießen vermieden werden. Mehrere der Angreifer konnten ermittelt und verhaftet werden. Nach den bisherigen Ermittelungen scheint es sich ähnlich wie bei den blutigen Vorgängen am Schlesischen Bahnhof um einen vorbereiteten Rachezug zu handeln. In dem Lokal sollen mehrere Mitglieder eines Vereins geweilt haben, die vor einigen Tagen in einem Prozeß als Zeugen aufgetreten waren und ungünstige Aussagen gegen Mitglieder eines Ringvereins im Norden gemacht haben.

Die Reparations- und Rheinlandfrage vor dem Unterhaus

London. Die Reparations- und Rheinlandfrage wurde heute erneut im Unterhaus behandelt. Außenminister Chamberlain vermied es jedoch, über irgendeine seiner früheren Erklärungen hinauszugehen und beschränkte sich auf die Mitteilung, daß hinsichtlich der Zurückziehung der alliierten Truppen aus dem Rheinlande nichts zu sagen sei, was in seiner vor Vertagung des Hauses im Dezember gemachten Erklärung nicht bereits enthalten gewesen sei. Auch in der Reparationsfrage vermied er jede sachliche Stellungnahme und verwies auf den demnächst erfolgenden Zusammentritt des Sachverständigenausschusses.

Die Auflösung der Skupschtina

Belgrad. Eine besondere Kommission ist auf Anordnung des Ministerpräsidenten Zivkowitsch zur Auflösung der gewesenen Skupschtina gebildet worden. Diese Kommission hat in kürzester Zeit das Vermögen, die Archiv- und Bibliotheksangelegenheiten zu regeln. Sämtliche Beamten und Angestellte der Skupschtina sind entlassen worden. Die Möbel der Skupschtina, die sich in den Parteizimmern und den Ministerräumen befinden, werden dem Ministerium zur Verfügung gestellt. Die Gelder fallen der Schatzkasse zu.

Tumult im Danziger Volkstag

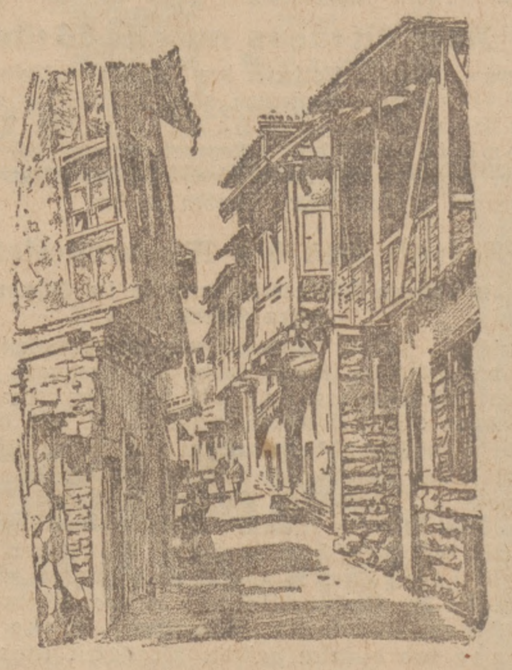
Danzig. Zu Beginn der 65. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am Mittwoch beantragte der kommunistische Abgeordnete Lischnewski, den Gesetzentwurf betreffend eine einmalige Beihilfe für die Minderbemittelten im Hinblick auf die in Danzig herrschende große Arbeitslosigkeit als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Da Lischnewski nur zur Geschäftsordnung das Wort hatte und sich dabei in wüsten Beschimpfungen gegen die anderen Parteien des Hauses erging und weiter sprach, obgleich der Präsident ihm das Wort entzogen hatte, wurde die Sitzung zunächst um eine halbe Stunde vertagt und sodann vom Präsidenten geschlossen. Eine neue Sitzung wird Mitte nächster Woche stattfinden. Nach Aufhebung der Sitzung sangen die Kommunisten die Internationale.

Einigung im Saarbergbau

Berlin. Wie Berliner Blätter aus Saarbrücken melden, wurde nach dreitägigen Verhandlungen mit der Regierungskommission und der französischen Bergwerksdirektion am Mittwoch zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Grubenverwaltung ein neuer Lohntarif abgeschlossen, der am 1. Februar in Kraft tritt und dem seit dem 1. Januar bestehenden tariflosen Zustand ein Ende macht.

Tränengasbomben gegen eine Massenversammlung

Neuyork. Die Polizei in Toronto sah sich am Mittwoch gezwungen, eine kommunistische Massenversammlung mit Tränengasbomben auseinanderzutreiben, weil entgegen der Polizeiverordnung russisch gesprochen wurde. Die Polizei schritt zu zahlreichen Verhaftungen.



Riesenbrand im Griechenviertel von Stambul

In der hauptsächlich von Griechen bewohnten Vorstadt Tatavla von Konstantinopel ist aus bisher noch nicht geklärten Gründen ein Brand entstanden, der sich, von einem Sturm begünstigt, mit großer Schnelligkeit über das ganze Stadtviertel verbreitete. Etwa 7—800 Häuser, darunter mehrere Kirchen und Klöster, wurden eingeäschert; Tausende von Familien sind obdachlos geworden. Der Sachschaden ist außerordentlich hoch. Unsere Zeichnung zeigt eine der für Tatavla typischen, ganz eng gebauten Straßen.

Sanatorenpleite im Schlesischen Sejm

Scheinpatriotismus — Um die Abgeordnetenmandate der Chadecja — Der Sanatorenantrag über die deutschen Industriebeamten an die Warschauer Regierung überwiesen — Stürmische Heiterkeit — Dringlichkeitsanträge

Seit dem die Neosanatoren im Schlesischen Sejm ihr Dasein von Sitzung zu Sitzung begründen müssen, geht es eben ziemlich heiter zu. Und auch die gestrige Sitzung war von Humor durchwürzt, den die Redeschlachten der Janitzki und Konsorten zur Rettung ihrer patriotischen Bedeutung auf schlesischer Erde geführt haben. Viel Lorbeeren haben sie zwar nicht geerntet, aber immerhin der Oeffentlichkeit gezeigt, wessen Geistes Kinder sie sind. Wenn die Zuhörertribünen auch ansehnlich gefüllt waren, so nicht etwa deswegen, weil man den Auseinandersetzungen zwischen Korfanty und Rakowski-Janitzki große Bedeutung beigemessen hat, sondern weil auf der Tagesordnung ein Punkt stand, auf dessen Erledigung die Beamtenschaft großen Wert legte, auf die Bewilligung der Wohnungszuschüsse, die vom 1. April vorigen Jahres rückwirkend gezahlt werden sollen. Nachdem der Sejm diesen Punkt bewilligt hatte, haben sich auch die interessierten Zuhörer verflüchtigt, anscheinend angeekelt von dem Scheinpatriotismus, den unsere Neosanatoren der Umwelt zu bieten pflegen.

Die Niederlage, die die Neosanatoren in der gestrigen Sitzung erlitten haben, fällt ja nicht allein auf die Akteure zurück, sondern auf die Drahtzieher hinter den Kulissen, die ein gewisses Interesse daran haben, der Oeffentlichkeit zu beweisen, wie notwendig die weitere Polonisierung Ostoberschlesiens ist. Ob die geistigen Väter allein im Westmarkenverein sitzen oder auch an anderen Stellen zu suchen sind, hat die gestrige Debatte grell beleuchtet. Man kommt mit einem Antrag, um die Zahl der reichsdeutschen Ingenieure und Direktoren durch die Behörden feststellen zu lassen, um dann dieses Ergebnis zu Ausweisungszwecken nach Warschau den Zentralbehörden übermitteln zu können. Das hätte Herr Janitzki und Rakowski, wenn es ihnen im Ernst um ein solches Vorhaben gelegen war, viel einfacher haben können, denn sie sitzen ja unmittelbar an den Stellen, die ihnen dieses Material jederzeit liefern kann. Aber den Neosanatoren ist es nur um den effektvollen Patriotismus zu tun, der auf so billige Weise erreicht werden kann. Dieses Konzept ist ihnen gründlich verdorben worden, ohne daß der patriotische Antrag abgelehnt wurde. Er ist einfach nach Warschau übermittelt worden und wird dort ein Begräbnis erster Klasse finden, wie so viele Anträge, die von Patriotismus schwelgen und doch nur die Autorität des polnischen Staatswesens untergraben. Mit dieser Ueberweisung nach Warschau haben auch die Hintermänner dieses Antrages eine moralische Niederlage erlitten, es ist ihnen in aller Deutlichkeit gezeigt worden, daß ihr Polonisierungswerk von der Mehrheit des Schlesischen Sejms nicht gebilligt wird.

Interessant waren die Argumentationen, die erkennen ließen, daß man die Bedeutung des Antrages nicht unterschätzt und sehr wohl weiß, daß in der heutigen Politik der schlesischen Wojewodschaft eine entschiedene Aenderung eintreten muß, wenn die polnische Republik nicht dauernd Schaden erleiden will. Es kam auch zum Ausdruck, daß die Verständigung zwischen Deutschland und Polen mit allen Mitteln gefördert werden muß und daß jeder Scheinpatriotismus dieses Streben verhindert. Zwei Staaten, wie Polen und Deutschland, sind auf einander angewiesen und je mehr man die Hindernisse hinwegräumt, die der Verständigung sich noch entgegenstellen, um so besser für die beiden Völker. Selbstverständlich erfordert eine solche Politik Opfer, aber die müssen gebracht werden über Augenblickserfolge hinaus zur Festigung des polnischen Staatswesens auf diesem umstrittenen Gebiet.

Genosse Machej als Sprecher des sozialistischen Klubs unterstrich die Tatsache, daß unsere Sanatoren ja nichts anderes planen, als die Untergrabung der Autorität des schlesischen Sejms, wenn sie ihre patriotischen Spiele auf diesem Terrain vollführen. Die Demokratie und die Volksvertretung sollen heruntergesetzt werden und da ist ihnen jedes Mittel recht. Das Warschauer Beispiel soll auch in Schlesien Nachahmung finden und aus diesem Grunde haben sich charakterlose Kliquen gefunden, die willig dieses Spiel betreiben. Von unseren Neosanatoren kann man ja nicht erwarten, daß sie die Tragweite ihrer Handlungen einschätzen können. Dem polnischen Arbeiter ist es gleichgültig, ob ihn ein deutscher oder polnischer Arbeitgeber unterdrückt, aber unterdrückt wird er auf alle Fälle. Und warum nur von der Ausweisung deutscher Ingenieure sprechen, wo es doch hier auch französische, englische und amerikanische hohe Beamten gibt. Das Kapital ist international und wo es hinfließt, will es eben auch seine Geltung haben. Die Sozialisten überwerfen sich nicht im Patriotismus, sondern stehen zu ihrem Programm bezüglich der Wirtschaft, der Regierung und den Minderheiten und für dieses Programm werden sie eintreten. Mag Warschau darüber entscheiden, was im Interesse der polnischen Politik liegt, und darum haben die Sozialisten für die Ueberweisung des Antrages nach Warschau gestimmt.

Es ist verständlich, daß die anderen Fragen, die die Tagesordnung der gestrigen Sitzung beherrschten, an Bedeutung verloren, zumal die Neosanatoren schon mit ihrem ersten Antrag auf Aberkennung der Abgeordnetenwürde und Verlust der Mandate für fünf andere Abgeordneten Schiffbruch erlitten haben, indem der schlesische Sejm in seiner Mehrkeit über diesen Antrag zur Tagesordnung überging. Jeder erkannte den kleinlichen Racheakt, der aus dem „Rechtsempfinden“ der Janitzki, Rakowski und Anhang hervorgeht. Weil Rakowskis Mandat bedroht ist, deswegen hat man nach sechs Jahren eine Entdeckung gemacht, aber nur auf halbe Weise, indem man die Abgeordneten Mildner und Rybarz vergessen hat, denen man auch Ordensannahme nachweisen kann. Wahrscheinlich rechnen die Neosanatoren, daß sie einstmals von dort noch Verstärkung ihrer Fraktion erwarten können. Die Opposition ist im schlesischen Sejm um so unbequemer, als sie durch verschiedene Anträge auch an der „Feste“ der Sanatoren rüttelt und zwar an den eingesetzten kommissarischen Vertretungen, mit Hilfe derer man ja so schön entgegen der Volksmeinung eigene Getreuen in Posten und Würden einbringen kann.

Bezeichnend ist, daß sich kein Vertreter der Wojewodschaft gefunden hat, der die Stellung der Behörden zu den verschiedenen Vorgängen gekennzeichnet hätte, obgleich diese Aufforderung wiederholt erhoben wurde. Scheinbar hält man Schweigen auch für eine staatsmännische Leistung und dann ist diese bezeichnend für das ganze System, welches die moralische Sanation unserer Wojewodschaft durchführen will. Man versucht diesen Sejm in jeder Hinsicht verächtlich zu machen, bringt aber nicht den Mut auf, ihn aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Die starke Geste, die man dann auf Umwegen, selbst über den Patriotismus zu kennzeichnen versucht, wirkt doch nur lächerlich. —ll.

* * *

Die Sitzung, die Sejmmarschall Wollny mit reichlicher Verspätung eröffnete, begann mit der ersten Lesung des Dringlichkeitsantrages der Ch. D.- und N. P. R.-Klubs betreffend Aenderung der Städte- bezw. Landgemeindeordnung vom 30. Mai 1853 bezw. 3. Juli 1896. Nach kurzer Begründung wurde dieser Dringlichkeitsantrag der Rechtskommission überwiesen. Schon mehr Interesse erweckte der nächste Antrag derselben Sejmklubs bezüglich der unrechtlichen Ernennung von kommissarischen Bürgermeistern und Gemeindevorstehern. Der Antrag sieht vor, daß spätestens 3 Monate nach Einsetzung der kommissarischen Verwaltung die Neuwahlen zu erfolgen haben, außerdem Beschränkungen hinsichtlich der Befugnisse dieser eingesetzten Verwaltungskörper, da vielfach mit diesen Mißbrauch getrieben wird. Merkwürdigerweise fühlte sich hier der Abgeordnete Biniszkiewicz berufen, eine Lanze für sie zu brechen, fand aber wenig Anklang damit vor dem hohen Haus. Gegen die Stimmen der Sanatoren wurde der Antrag angenommen, wie auch der bezüglich der willkürlichen Zusammensetzung der Kreisausschüsse. Da der nächste Punkt den Antrag der Janitzki- und Rakowskirichtung bezüglich des **Erlöschens der Mandate der Chadecjaabgeordneten** Wollny, Brzuska, Kendzior, Kempka und Grajek betraf, übergab der Sejmmarschall Wollny die Leitung dem Vizemarschall Dr. Pant.

Der eigentliche Urheber dieses Antrages ist der Abgeordnete Rakowski, der hinsichtlich des gegen ihn erhobenen Antrages auf Löschung seines Mandats glaubte, sich mit ihm ein Gegengewicht zu schaffen. Er selbst begründete den Antrag dahingehend, daß die betreffenden 5 Chadecjaabgeordneten wiederholt mit Orden ausgezeichnet wurden. Nach der Staatskonstitution oder Verfassung erlösche jedoch das Mandat des betreffenden Abgeordneten, der Ordenszeichen annehme. Sonst erging sich Herr Rakowski in wenig geistreichen persönlichen Anzapfungen, die das Gelächter des ganzen Hauses hervorriefen. Abgeordn. Sikora, der jetzt das Wort ergriff, blieb ihm nichts schuldig und verwies, als schlagendes Argument, daß die von Rakowski zitierten Artikel der Konstitution nur auf den Warschauer Sejm rechtliche Geltung haben. Auch Korfanty griff in die Debatte ein und bezeichnete den Antrag als eine rachsüchtige Machination Rakowskis, der in tausend Aengsten und Bangen um sein Mandat schwebe. Im übrigen könne sein Antrag höchstens nur Heiterkeit erwecken. Abgeordn. Biniszkiewicz mußte natürlich seinen Teil auch dazu geben, was mit unheimlich echter Entrüstung geschah. Er sah Korfantys Ausführungen als eine Verächtlichmachung des Schlesischen Sejms an, was die Mehrzahl der Abgeordneten mit schallendem Gelächter quittierten. Damit war die sehr erheiternde Diskussion von diesem Punkt erledigt und es wurde zur namentlichen Abstimmung geschritten mit dem Ausgang, daß von den 44 abgegebenen Stimmen 32 gegen den Antrag waren, der damit fiel. Die 5 Chadecken können also ihre Mandate weiter behalten, was die Sanatoren nicht wenig ärgern dürfte.

Sejmmarschall Wollny übernahm jetzt wieder die Leitung und erteilte dem Abgeordn. Sikora das Wort zur Begründung des in der vorigen Sejmsitzung von seinen Anhängern eingebrachten Dringlichkeitsantrages, nach welchem

der Wojewode sofort Ermittelungen anzustellen habe, wieviel Direktoren, Ingenieure und sonstige leitende Beamte deutscher Staatszugehörigkeit in der ostoberschlesischen Industrie beschäftigt werden. Ferner, daß der Wojewode die Zentralbehörden ersuchen soll, diese für die polnische Industrie außerordentlich schädigenden Elemente auszuweisen und damit auch Minister Stresemann künftighin keine Ursache habe zu behaupten, daß Polnisch-Oberschlesien seine weitere Entwickelung lediglich dem Wissen und den Erfahrungen deutscher Kräfte zu verdanken habe.

Janitzki ergreift auch sofort sehr pathetisch das Wort und meint, der Antrag seiner Freunde habe in ganz Polen einen starken Widerhall gefunden, da man sich der Tätigkeit der deutschen Industriebeamten, von denen annähernd 8000 in der Wojewodschaft beschäftigt sind, im klaren sei. Allesamt sind sie Schädlinge, die die Entwickelung der hiesigen Industrie hemmen und dann auch den polnischen Arbeiter in einer Weise behandeln, die jeden national denkenden Polen empören müssen. Genau so wie die beleidigenden Worte Stresemanns in Lugano, die unsere polnischen Ingenieure auf den Plan riefen, die in ihrer Denkschrift bewiesen haben, daß sie sehr wohl in der Lage sind, die polnische Industrie zu führen. Janitzki verbreitet sich dann sehr weitschweifig über Einzelheiten aus den Administrationen mancher Betriebe, ohne jedoch zu beweisen, worin eigentlich die Schädlichkeit der deutschen Beamten liege. Großen Eindruck machte er mit seinen Ausführungen, die im allgemeinen von einer Naivität, die man lange suchen kann, nicht. Von vornherein hatte man den Eindruck, daß Janitzki und Freunde es lediglich auf eine Demonstration großen Stils, von der sie sich einen gewissen Zustrom von Anhängern versprachen, abgesehen hatten.

Erst als Korfanty an das Rednerpult trat, setzte große Aufmerksamkeit ein und das, was er ausführte, war eine Abfuhr mit Janitzki und Konsorten, an die sie wohl noch lange mit peinlichen Gefühlen zurückdenken werden. Aber das, was er den Sanatoren an den Kopf warf, war auch das Signal zu einer lärmenden und persönlichen Debatte, die aber auch wenig Erfolg brachte, vornehmlich dem Abgeordn. Biniszkiewicz, der heute keine Spur mehr von sozialistischen Ideen hat und sich noch schlimmer gebärdet als ein Obersanator.

Korfanty führte aus:

Es zeugt nicht von politischer Weitsicht, wenn man den Antrag der Janitzki, Rakowski und Konsorten betrachtet. Es ist so leicht Patriotismus hervorzurufen, ohne sich zu überlegen, welchen Schaden man dem Staat durch derartige Anträge zufügen kann. Auch wenn man polonisieren will, so ist das hier angewendete Mittel das denkbar schlechteste. Ich bin für die Polonisierung der oberschlesischen Industrie, ohne daß ich die Wirtschaft revolutionieren möchte, wie das der Antrag Janitzki anstrebt. Aber wenn hier deutsche Kräfte seit Jahrzehnten tätig sind, so ist es grundfalsch, sie mit Gewalt entfernen zu wollen. Der Antrag wird zu einer Stunde eingebracht, wo deutsche und polnische Vertreter in Warschau zusammensitzen, um 650 000 polnischen Saisonarbeitern Unterhalt und Lebensexistenz zu ermöglichen, die ihnen der polnische Staat nicht bieten kann. Nicht weniger wie 165 Millionen Zloty haben diese Saisonarbeiter im vergangenen Jahre nach Polen gebracht und damit der polnischen Handelsbilanz eine Stärkung zukommen lassen. Jenseits der Grenze arbeiten gegen zehntausend Arbeiter, für die wir keine Beschäftigung haben. Unter solchen Umständen die Ausweisung einiger deutscher Ingenieure und Direktoren zu fordern, ist unverständlich. Wir sehen, daß dieser Tage erst das Holzabkommen perfekt geworden ist, ein Zeichen, daß sich zwischen Deutschland und Polen die Verständigung anbahnt, sie willkürlich zu durchbrechen, indem man hier solche Anträge stellt, liegt nicht im Interesse des polnischen Staates und seines Rufes, der längst erwiesen hat, daß er kein Saisonstaat ist, sondern ein Faktor, mit dem man rechnen muß. Der polnische Außenminister hat neuerdings zum Ausdruck gebracht, daß die Verständigung zwischen Deutschland und Polen mit der Zeit zu einem geregelten Verhältnis kommt und darum müssen wir diesen Umständen Rechnung tragen. Der hier vorliegende Antrag ist nach Warschau direkt zu überweisen, wo man am besten wird abschätzen können, was zu unternehmen ist.

Dr. Pant vom Deutschen Klub, der gleich nach Korfanty zum Rednerpult eilt, sieht auch den Antrag als nicht im Interesse des polnischen Staates und durchaus für unrechtlich an, da er gegen die Genfer Konvention verstößt und sich wundert, daß die Arbeiten der deutschen Ingenieure und Direktoren, von denen bei weitem hier keine 8000 sind, schädlich sein sollen.

Sehr beachtliche Ausführungen machte Dr. Mildner, der darauf hinwies, daß ja selbst der Staat den in Frage kommenden deutschen Ausländern die Aufenthaltsgenehmigung für Polen gegeben habe, das Außenministerium selbst und dieses sei über die wirtschaftlichen Vorgänge in Oberschlesien jedenfalls sehr gut orientiert, denn an Orientierung lassen es die Herren von der Sanacja nicht fehlen. Sehr kampflustig warfen sich in die Debatte die Herren Biniszkiewicz und Rakowski. Biniszkiewicz schilderte ganz grausig das Leben der Saisonarbeiter in Deutschland und sprach die naive Behauptung aus, daß diese nur eine schwere Belastung für den polnischen Staat bedeuten, denn ärmer von Deutschland kommen sie her als sie hingekommen sind. Und dann erging er sich in Moralphilosophie. Die meisten der jungen Saisonarbeiterinnen kommen in anderen Umständen zurück, die mit einem Anhängsel, für welche dann der polnische Staat sorgen müsse. Diese Argumentation, die nur zu deutlich zeigt, daß Biniszkiewicz allmählich altersschwach wird, löste stürmisches Gelächter aus. Biniszkiewicz hatte nun einmal keinen guten Tag. Aus einer Blamage fiel er in die andere. Nicht besser erging es Dr. Rakowski, der auch vom „Widerhall“ wie Janitzki faselte und ihn sogar auf Grund eines eingelaufenen Schreibens vom Warschauer Polytechnikum beweisen wollte. Gründlich rechnete auch der Abgeordnete Machej von der P. P. S. mit den Antragstellern ab. Machej führte aus:

**Es ist in Polen Mode geworden, die Volksvertretung und Demokratie mit Füßen zu treten. Es wundert mich darum nicht, wenn unsere gesinnungstüchtigen Abgeordneten um Janitzki glauben, sich durch einen überschwenglichen Patriotismus bemerkbar zu machen. Unsere Sanatoren, und vor allem Janitzki, sitzen ja täglich beim Wojewoden, sie hätten dort viel einfacher das Material haben können, welches sie hier durch den Antrag erst beschaffen wollen. Aber man will sich nutzbar machen und das ist am einfachsten, wenn man die Volksvertretung vor den breiten Massen lächerlich macht. Der Antrag des Abgeordneten Janitzki, den er im Interesse der Akademiker eingebracht hat, wird diesen am allerwenigsten nützen, denn wenn diese erst einmal reif sind zur Uebernahme der polnischen Posten in Oberschlesien, sind die Stellen längst durch andere ersetzt und nicht zuletzt durch Ausländer. Die Sanatoren gehen einen recht falschen Weg zur Sanation, wenn sie behaupten, daß man polonisiert, wenn einige deutsche Ingenieure ausgewiesen werden. Das Kapital ist international und wo es sich festsetzt, will es auch seine Vertretung haben. In Polen ist noch gegen 10 Millionen deutsches Kapital vorhanden und außerdem schützt die Genfer Konvention die deutschen Direktoren und Ingenieure vor der Ausweisung. Sind solche notwendig, so ist dies nicht durch den Sejm zu bewerkstelligen, sondern Aufgabe der Wojewodschaft selbst, die ja die beste Verbindung nach Warschau besitzt. Aber man weiß ja, was geplant ist. Seit Wochen befindet sich der Schlesische Sejm unter dem Terror des offiziellen Wojewodschaftsblattes, der „Polska Zachodnia“, die da glaubt, eine Pression ausüben zu müssen. Nun, auf uns Sozialisten übt der Terror keinen Eindruck aus, wir stehen zu unserem Programm, sowohl in der Außenpolitik, als auch in der Wirtschaftspolitik und zu den nationalen Minderheiten. Diese Politik ist nicht in der Richtung gegangen, daß sie Polen Nutzen bringen kann und darum haben wir zu den heutigen Methoden der Sanatoren kein Vertrauen. Auch wenn die „Polska Zachodnia“ mich wieder in der unflätigsten Weise überfällt, stelle ich fest, daß der Antrag keine Berechtigung hat. Warum denn nur von den deutschen Direktoren und Ingenieuren sprechen, warum nicht auch von den anderen Ausländern, wie Franzosen, Engländern und Amerikanern, die nicht danach fragen, wie es dem polnischen Arbeiter geht, sondern einig darin sind, daß er die Gewinne zu schaffen habe. Solange die Regierung Polen mit einer Paßmauer umgibt, die Polizei zum Wächter des Gewissens macht, wird man uns nichts einreden, daß wir noch in Nationalismus machen wollen. Wenn der Abgeordnete Biniszkiewicz unter Hinweis auf die Saisonarbeiter behauptet, daß sie ehelose Kinder nach Polen einführen, so haben wir in unserem Gebiet keine Saisonarbeiter und doch finden wir ehelose Kinder mehr wie genug

Polnisch-Schlesien

Wie man bei uns zu Gelde kommen kann . . .

Es gibt viele Wege, die nach Rom führen — sagt ein Sprichwort und das trifft auch voll und ganz zu, wenn man bei uns zu Gelde kommen will. Doch führt hier ein Weg nicht zum Ziele und das ist die redliche Arbeit. Wer es nicht glaubt, der möge sich bei den Arbeitern erkundigen, die gerne einer Arbeit nachgehen u. im Schweiße ihres Angesichts ein Stück Brot für sich und ihre Kinder verdienen möchten. Will man auf leichtere Art zu Gelde kommen, so muß man ein Sanator sein oder zu mindestens die Sanatoren nachmachen. Diese Ueberzeugung ist bei uns heute so ziemlich allgemein und davon zeugt nachstehende Tatsache. Seit 14 Tagen lesen wir in dem Sanacjaorgan, der „Polska Zachodnia“ auf der ersten Seite eine Warnung, in der es heißt, daß verschiedene „Individuen“ die Verwaltungen der schlesischen Gruben und Hüttenwerke aufsuchen und Inserate für die „Polska Zachodnia“ sammeln. Das wäre schließlich kein Unglück, weil die „Polska Zachodnia“ diese Inserate ebenfalls sammelt, aber die erwähnten „Individuen“ kassieren gleichzeitig das Inseratengeld ein und führen es nicht an das Blatt ab. Das schmerzt die Sanacjatante am meisten und daher bittet sie die Gruben- und Hüttenverwaltungen, diesen „Individuen“ die Gelder nicht zu geben, sondern sie der Polizei auszuliefern.

Die „Polska Zachodnia“ bringt in der letzten Zeit immer mehr Inserate von der schlesischen Schwerindustrie, selbst solche auf der ganzen Seite. Auf der anderen Seite greift sie die Verwaltungen an und verlangt die Ausweisung aller deutschen Beamten aus Polnisch-Oberschlesien. Eine solche Praxis wirkt bei uns selbstverständlich „erzieherisch“ auf das Volk und die Folgen einer solchen „Erziehung“ ließen nicht lange auf sich warten. Was dem einen Recht ist, muß dem anderen billig sein — denken die Leute, umsomehr als dabei noch viel Geld herausgeholt werden kann. Ein Inserat auf der ganzen Seite, bringt 1600 Zl., wenigstens die „Polonia“ hat das einmal berichtet und die dürfte Bescheid wissen, da sie früher mal reichlich mit Inseraten von der schlesischen Schwerindustrie versorgt war. Soviel Geld liegt selbstverständlich nicht auf der Straße. Gelingt einem Hungerleider, mehrere solche Inserate zu erlangen, dann ist er für längere Zeit versorgt. Jeder möchte gerne zum Gelde kommen und da nicht jeder ein Sanator werden kann, so macht er die Sanatoren nach. Einen großen Unterschied zwischen den echten Sanatoren und jenen, die sie hier nachmachen, vermögen wir kaum zu entdecken. Den Kapitalisten schadet das schließlich auch nicht, da der Erfolg immer derselbe bleibt, d. h. sie zahlen nach derselben Taxe.

„Glück auf!“ . . .

Am Mittwoch verhandelt das Beuthener Schöffengericht gegen den aus Schlesiengrube stammenden Arbeiter Joseph W., der damit zum 24. Male seiner Verurteilung entgegensah und einen großen Teil seiner 42 Lebensjahre wegen aller möglichen Delikte hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern zugebracht hat. Diesmal handelte es sich um Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Paßvergehen. Im vorigen Jahre hatte W. bei einem hiesigen Gastwirt einen Diebstahl begangen und war deshalb zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 15. Dezember kehrte er nun dem Gefängnis den Rücken und sein erster Besuch galt wieder dem Gastwirt, der darüber nicht sehr erfreut war und die Abgabe von Speisen und Getränken an W. verweigerte sowie ihn ziemlich deutlich zum Verlassen des Lokales aufforderte. W. dachte jedoch gar nicht daran, dieser Aufforderung Folge zu leisten, so daß Polizei hinzugezogen werden mußte, die ebenfalls auf heftigen Widerstand stieß. Um wenigstens etwas geleistet zu haben, schleuderte W. in seiner Wut ein Bierglas gegen die Wand, das dicht am Kopf des Polizeibeamten vorbeiflog und schließlich am Spiegelrand zerschellte.

Gleich zu Beginn der Verhandlung kam es zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten, der übrigens mit stoischer Ruhe die Straftaten zugab, zu einem Dialog, der Gericht und Zuhörer wiederholt zu Heiterkeitsausbrüchen veranlaßte. Auf die teilnehmende Frage des Vorsitzenden, ob er sich nicht endlich bessern und ein neues Leben beginnen wollte, meinte W. mit resigniertem Lächeln, es sei alle Mühe vergebens, da er unter einem unglücklichen Planeten geboren und vom Schicksal zur Begehung von Straftaten verurteilt sei. Besonders heiter wurde es, als der Vorsitzende den Angeklagten auf die Verpflichtung aufmerksam machte, als Ausländer gültige Papiere bei sich zu führen.

Energisch erklärte W., die Teilung Oberschlesiens sei während seiner Abwesenheit erfolgt und könne von ihm nicht anerkannt werden. Grenzen seien überhaupt Unsinn. Er persönlich gehe jedenfalls immer geradeaus und solange keine verschließbaren Tore vor ihm auftauchten, fühle er sich in seinem Fortkommen ungehindert.

Der Staatsanwalt meinte, man dürfe den Angeklagten trotz seiner vielen Vorstrafen in diesem Falle nicht allzu hart anpacken und beantragte insgesamt zwei Monate Gefängnis. Mit überlegener Miene erklärte der Angeklagte, daß er auf Grund seiner langjährigen Praxis das Strafmaß für viel zu niedrig halte, gab sich aber, als das Gericht bei dem Strafmaß blieb, doch damit zufrieden. Mit einer höflichen Verbeugung nach dem Gerichtstisch versicherte er, daß ihm in seinen ausgedehnten Beziehungen zur Strafgerichtsbehörde noch nie im Leben ein so guter Staatsanwalt und Richter begegnet seien, denen er dafür seine Anerkennung aussprechen müsse. Und mit einem fröhlichen „Glückauf!“ ließ er sich vom Wachtmeister nach der Zelle abführen.

Kommunales aus Königshütte

Mit dem alten Büro in das neue Jahr — Dringlichkeitsanträge — Wahl von Bezirksvorstehern und Waisenräten — Bewilligung von Nachtragskrediten — Annahme von Statuten — Ach, wenn das der Petrus wüßte . . .

Die erste Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre nahm trotz der reichhaltigen Tagesordnung und den in keiner Sitzung fehlenden Dringlichkeitsanträgen einen flotten Verlauf und konnte in zwei Stunden beendet werden. Wenn sich in Zukunft alle Sitzungen in diesem Tempo und Sachlichkeit abwickeln sollten, dann dürfte es um die Königshütter gut bestellt sein. Hoffentlich wird das im vergangenen Jahre so oft erlebte leere Stroh dreschen, in diesem Jahre unterbleiben. Oder sollten wir uns täuschen, nachdem ein Dringlichkeitsantrag gestellt wurde, die bisherige ulica sw. Piotra in ulica Lukaszczyka umzubenennen? Man höre und staune. Eine Straße, die schon seit Jahrzehnten früher Peterstraße, jetzt ulica sw. Piotra heißt, hat Entdecker gefunden, das die ulica sw. Piotra nicht nach dem heiligen Petrus benannt ist, sondern nach einem dort früher wohnenden Herrn Peter benannt wurde (!). Und nach dem die jetzige Bezeichnung mit dem heiligen Petrus nichts gemein hat, und wir noch wenige ulices Ks. soundso in Königshütte haben, soll dieselbe in Ks. Lukaszczyka umbenannt werden. Wenn auch nicht bestritten werden soll, daß es auch unter der Geistlichkeit sozialdenkende Männer gibt und gegeben hat, wie es bei L. vornehmlich der Fall war, nachdem er der „Erbauer“ des St. Hedwigsstiftes und des angrenzenden Waisenhauses war, so braucht man dieses doch nicht in dieser Weise belohnen, indem man eine simple Straße nach dem Wohltäter benennt. Soweit man uns diesen Herrn beschrieben hat, hätte er sich dieses Ansinnen verflucht verboten, denn er war nicht einer der um äußeren Ruhm stand. Und nachdem bei der Begründung des Antrages und einer kleinen Aussprache darüber, wahre Lachsalven vorgebracht wurden, glauben wir annehmen zu müssen, daß der alte Petrus nicht sehr darüber erbaut sein wird, daß man seinen schönen Namen in der Stadt Königshütte auslöschen will. Ach, wenn das der Petrus wüßte, was seine Freunde Stadtverordneten aus seinem Namen machen wollen. Zum Glück wurde dieser Antrag dem Magistrat überwiesen, der ihn hoffentlich irgendwo „ad akta“ legen wird, um noch nicht noch mehr Lachstoff daraus zu machen. Laßt doch jedem das seine, auch dem alten Petrus seins.

* * *

Kurz nach 17 Uhr eröffnete Stadtverordnetenvorsteher Strozyk die Sitzung mit den besten Wünschen für das neue Jahr, worauf er den Tätigkeitsbericht der Stadtverordnetenversammlung für das Jahr 1928 der Versammlung vorlas.

Nachdem das „alte“ Büro ihre Aemter niedergelegt hat, erfolgte die Neuwahl desselben, wozu Stadtv. Fuß als ältestes Mitglied die Leitung übernahm. Als Beisitzer hierzu wurden die Herren Mayer und Pietrzak bestimmt, ferner als Schriftführer Rechtsanwalt Stawski, als Zetteleinnehmer fungierten Herr Hadamik und Czaja. Aus der Zettelwahl ging Stadtv. Strozyk wiederum mit 32 Stimmen als Stadtverordnetenvorsteher hervor, weiße Zettel wurden von den polnischen Parteien abgegeben, ein Spaßvogel dokumentierte seine Anwesenheit durch Abgabe eines Zettels auf den Stadtv. Mazurek; als Schriftführer ging Stadtv. Koppel mit 32 Stimmen hervor, weiße Zettel 11, Stadtv. Malanda eine Stimme. Als Vertreter des Vorsitzenden wurde auf Vorschlag Stadtv. Mayer, als 2. Schriftführer Stadtv. Gawlik gewählt.

Der Vorberatungsausschuß, der sich aus 15 Mitgliedern und dem Vorsteher zusammensetzt, verblieb bei der alten Besetzung, bis auf den Stadtv. Rumpfeld, wo Stadtv. Bielka Josef, gewählt wurde, an Stelle des Stadtv. Sliwa tritt Stadtv. Fuhl Johann ein.

Als Bezirksvorsteher und stellvertretenden Waisenrat wurden gewählt: für den 3. Bezirk Teofil Klima, 4. Bezirk Ewald Klos, 14. Bezirk Waclaw Kwajas, 15. Bezirk Anton Paczkiewicz, 19. Bezirk Robert Buczek, 23. Bezirk Max Koppel, 21. Bezirk Thomas Gawlik.

An Nachtragskrediten wurden bewilligt: Zur Deckung der mit der Einführung der staubfreien Müllabfuhr verbundenen Kosten in Höhe von 30 700 Zloty, für die Unterhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten 2500 Zloty, für die Besoldung und Versicherung der Angestellten einschließlich der Arbeiter des städtischen Schlachthofes 96 707,66 Zloty, für die Deckung der Ausgaben des Pfandleihamtes 22 716,56 Zl., für die Auszahlung der Gehälter für die städtischen Angestellten und Pensionäre, sowie der Witwen und Waisen von städtischen Beamten 241 556,86 Zloty, für die Besoldung des Lehrkörpers des städtischen Mädchengymnasiums, der Handelsschule, der gewerblichen Fortbildungsschule sowie der Schuldiener der Volksschulen 84 000 Zloty, für die Unterhaltung der städtischen Schulen 31 445,74 Zloty.

Das bisherige Ortsstatut für die kaufmännische Fortbildungsschule wurde in polnischer Uebersetzung angenommen, ebenso das Statut der Stadtsparkasse, daß einheitlich in ganz Polen Anwendung finden wird. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Stadtverordnetenversammlung für etwaige nachteilige Folgen nicht aufkommt. Nach diesem neuen Statut wird die Stadtsparkasse ein selbständiges Bankinstitut, worauf die Stadt wenig Einfluß haben wird. Infolge der Wichtigkeit werden wir das ganze Statut in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Ein Dringlichkeitsantrag forderte eine Nachbewilligung von 1800 Zloty für verausgabtes Schuhwerk an arme Schulkinder, die debattenlos bewilligt wurden, ebenfalls kam ein Dringlichkeitsantrag zur Beratung, dessen Antragsteller um eine nachträgliche Belieferung von Kohle für Arbeitslose und Ortsarme nachkamen. Hierzu wurde von Magistratsseite erwähnt, daß die Stadt für die von der Wojewodschaft erhaltenen 24 000 Zloty, 3500 Tonnen Kohlen angekauft und zur Verteilung gebracht hat. Jedoch werden noch weitere 1000 Tonnen benötigt, die selbstverständlich schnellstens gekauft und verteilt werden. Ein dritter Antrag wollte die Umbenennung der ulica sw. Piotra, nach dem verstorbenen Pfarrer Lukaszczyk, wissen. Nach einer ergötzlichen Debatte, wurde glücklicherweise der Antrag dem Magistrat überwiesen. Was bloß der Magistrat damit anfangen wird?

Eine Interpellation an den Magistrat betreffend der Verlegung der Versicherungsanstalt der Angestellten nach Kattowitz, löste einiges Befremden aus. Auf Grund der verschiedenen Nachteile, die damit der Stadt und den Gewerbetreibenden erwachsen würden, wurde der Magistrat beauftragt, Schritte zu unternehmen, um die genannte Institution in der Stadt weiter zu behalten. Somit fand die öffentliche Sitzung ihr Ende, in einer geheimen Sitzung wurden die Gehälter einzelner Mitglieder des Magistrats geregelt.

Die Berichtigung des Herrn Mariacz

Auf unseren Artikel über die Zustände in der „Oswag“ erhielten wir vom Herrn Ingenieur Mariacz eine Berichtigung, die wir entsprechend dem Pressedekret veröffentlichen mußten.

Jedoch brauchen Berichtigungen nicht wahr zu sein und in diesem Falle trifft dies voll und ganz zu. Denn vom Betriebsrat der „Oswag“ wird uns auf die Berichtigung hin geschrieben, daß unser Artikel durchaus den Tatsachen entspricht, für das genügend Zeugenmaterial vorhanden ist.

Außerdem verweisen wir noch auf die „Polska Zachodnia“, die sich gleichfalls mit den Zuständen in der „Oswag“ befaßte und sich auch auf den unsrigen Standpunkt stellte. Aber eine Berichtigung brachte sie bisher nicht. Wir müssen darum annehmen, daß es Herrn Ingenieur an einer sachlichen Berichtigung überhaupt nicht liegt, sondern es gefällt ihm nicht, daß ein deutsches Arbeiterblatt seine sehr wenig arbeiterfreundlichen Handlungen kritisierte. Und da ist das Preßdekret vorzüglich geeignet, um es in Anwendung zu bringen. Herr Mariacz hätte jedoch besser getan, sich reuevoll an die Brust zu schlagen, als eine Berichtigung zu schreiben. Denn nicht jedermanns Sache ist das. Allerdings, wenn man Sanator ist . . . .

und als Biniszkiewicz noch Sozialist war, wußte er auch über diese Dinge manches zu erzählen. Wir werden für Ueberweisung des Antrages nach Warschau stimmen, denn zu Zaleski haben wir trotz verschiedener Einschränkungen mehr Vertrauen, als zu den nationalen Heroiden der Janikki und Konsorten.

Bei der dann erfolgten Abstimmung über den Antrag Korfanty auf dessen Ueberweisung an die Zentralbehörden wurde er mit 27 gegen 12 Stimmen angenommen. Darob herrschte unter den Sanatoren eine nicht geringe Bestürzung, die lange anhielt.

Wirklich interessant ist, daß die maulenden Sanatoren erklärten, kein Vertrauen zu haben, daß die Regierung den Antrag ihren Wünschen gemäß behandelt.

Die Erledigung der weiteren Tagesordnung ging jetzt, nach dem es ziemlich spät geworden war, sehr schnell von statten. Der Bericht der Rechtskommission über die Ausdehnung des Dekrets des Staatspräsidenten über Handels- und Gewerbekammern auf die Wojewodschaft Schlesien, wurde von der Tagesordnung gestrichen. Dasselbe Los hatte ein Antrag des Wojewoden, der Sejm solle mehrere Millionen Zloty zum Bau von Handelsschiffen der „Zegluga“ bewilligen.

Der Rechtskommission überwiesen wurde der Antrag über die Ausdehnung des Dekrets des Staatspräsidenten über Fleischbeschau, derselben Kommission auch der über die Klassifikation von Hufbeschlagschmieden.

Nicht geringe Heiterkeit verursachte der Antrag der Sanatoren über die Ansiedelung von Deutschen in Polen, der eine Folge der Hindenburgrede in Oppeln und Hindenburg war. Man nahm ihn nur zur Kenntnis, denn niemand hatte Lust, sich mit diesem gerade nicht sehr klugen Erzeugnis zu befassen. Selbst die Herren Biniszkiewicz, Janikki und Rakowski zogen es vor, stillschweigend über ihn zur Tagesordnung zu gehen. Das war eine zweite nicht unbeträchtliche Blamage für sie.

Ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Auslieferung des Abgeordneten Biniszkiewicz wegen Beleidigung des Redakteurs Motyka von der „Gazeta Robotnicza“ wurde auch mit den Stimmen von allen P. P. S.-Abgeordneten abgelehnt. Biniszkiewicz natürlich sprach recht lange selbst zu dem Antrag, aber nur Dinge, die er für sich hätte behalten sollen, die keinen interessierten und die ihn nur noch mehr lächerlich machten.

Dann wurde der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Bestätigung des Mandats des Abgeordneten Mainka der P. P. S. gegeben, dem zugestimmt wurde.

Der Antrag betreffend Gleichstellung der Renten der Vorkriegsinvaliden mit den gegenwärtigen Bestimmungen über Invalidenrenten sowie das Gesetzesprojekt über Fürsorge von Personen, welche auf Grund des Artikels 72 der Verordnung über Rentenempfang vom Bezug der Rente ausgeschlossen sind, wurden der Sozialkommission überwiesen.

Der Rechts- und Budgetkommission überwiesen wurde ein Antrag des Wojewodschaftsrates, welcher die Reorganisation der Finanzämter Kattowitz, Königshütte, Rybnik u. Bielitz vorsieht.

Angenommen in zweiter und dritter Lesung wurde der Bericht der Budgetkommission über die Gründung des Schlesischen Museums.

Jetzt folgten 5 Anträge des P. P. S.-Klubs. Der erste betraf die Ausdehnung der Verordnung des Staatspräsidenten über die Regelung der Tarifverträge in Polen auf die Wojewodschaft Schlesien, der nächste über allgemeine Fürsorge und hygienische Maßnahmen. Beide wurden der Sozialkommission überwiesen. Der folgende, Ueberführung des Oberversicherungsamtes von Myslowitz nach Kattowitz, wurde der Budgetkommission überwiesen. Der Sozialkommission der über Versicherung von Unglücksfällen der technischen Angestellten und Arbeiter der Kattowitzer Postdirektion. Und der letzte, betreffend Ausdehnung der Verordnung des Staatspräsidenten bezüglich der Tarifverträge der Angestellten auf die Wojewodschaft Schlesien, wurde der Rechts- und Sozialkommission überwiesen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und die sehr denkwürdige Sitzung durch den Sejmmarschall geschlossen.

Kattowitz und Umgebung

Aus der Kattowitzer Magistratssitzung.

Die Stadt verschenkt wertvolles Baugelände für den neuen Südbahnhof. — Die Eisenbahndirektion kann sich trotzdem nicht entschließen.

Eine Reihe wichtiger Vorlagen wurden auf der Dienstagsitzung des Magistrats in Kattowitz behandelt. Durchberaten worden ist erneut das Projekt über Errichtung eines zweiten Bahnhofes mit einem Ausgang nach der ulica Wojewodzka. Der Magistrat in Kattowitz tritt mit größtem Interesse für die Verwirklichung dieses Projektes ein und ist mit der staatlichen Eisenbahnverwaltung dieserhalb ins Einvernehmen getreten. Der gesamte Bahnhofsverkehr soll durch Schaffung des Südbahnhofes, welcher auf der gegenüberliegenden, südlichen Seite des Bahnsteiges angelegt werden soll, entlastet werden. Die Bürgerschaft in der Südstadt wiederum würde die Möglichkeit besitzen, den Bahnhof auf kürzerem Wege zu erreichen. Es befremdet nur, daß die bisherigen Schritte, welche der Magistrat in dieser Angelegenheit bei der Eisenbahndirektion Kattowitz unternommen hat, kein positives Ergebnis gezeitigt haben. Hierbei ist zu bedenken, daß die Stadt Kattowitz für eine rein staatliche Anlage oder Einrichtung, denn als solche ist ein Bahnhof doch schließlich zu bezeichnen, das erforderliche Terrain kostenlos zur Verfügung stellen will. Mehr kann man doch letzten Endes von der Stadt Kattowitz nicht fordern. Es handelt sich hierbei um das wertvolle Gelände, auf welchem sich die Gasanstalt befindet. Auf der Magistratssitzung ist beschlossen worden, nochmals mit der Eisenbahndirektion in Verhandlungen

einzugehen und zur Bedingung zu machen, daß mit der Errichtung des Bahnhofes in absehbarer Zeit, spätestens jedoch im kommenden Jahre begonnen wird, andernfalls sich der Magistrat veranlaßt sehen würde, das Gelände en Private zu verkaufen.

Sofern der Bahnhofsbau nach der Südseite zur Ausführung gelangen sollte, würde sich die Errichtung eines neuen Administrationsgebäudes für die Berufsfeuerwehr als notwendig erweisen. Dieses Gebäude soll an der ulica Sienkiewicza-Dombrowskiego errichtet werden und zwar zu dem Zweck, damit eine Verlegung des bisherigen Standortes der Motorspritzen erfolgt und die Ausfahrt bei Bränden nicht mehr nach der ulica Wojewodzka zu erfolgen braucht. Diese Maßnahme ist sehr notwendig, um für den Fall der Inbetriebsetzung des zu erbauenden Bahnhofes mit Ausgang nach der ulica Wojewodzka Unglücksfällen zu begegnen.

Auf der Magistratssitzung beschäftigte man sich ferner mit mehreren Vorlagen über Austausch und Ankauf von Grundstücken. Diese Vorlagen sind an die Grundstückskommission überwiesen worden.

Ab 1. Januar d. Js. sind die Verpflegungssätze in den Waisenanstalten von 1,20 auf 1,50 Zloty erhöht worden. Die neuen Sätze wurden vom Magistrat bestätigt. — Der Magistrat erklärte sich weiterhin mit der erfolgten Neuwahl von 2 Bezirksvorstehern in den Ortsteilen Ligota und Zalenze einverstanden.

Stanislaus Blaszka aus Lemberg wird der Posten eines Veterinärarztes im städtischen Schlachthof übertragen. — Drei neue Architekten werden für das städtische Bauamt eingestellt.

Die weiteren Vorlagen, behandelnd die Beleuchtung der Arbeiterkolonie im Ortsteil 3 und Erweiterung des Lichtnetzes in Ligota sind vertagt worden. Eine besondere Kommission wird beauftragt, zunächst eine Besichtigung vorzunehmen.

Debattiert worden ist erneut über das augenblickliche Verhältnis zwischen Magistrat und Städteverband. Etwas Positives ist in dieser Hinsicht auch auf dieser Sitzung nicht beschlossen und die Angelegenheit wiederum vertagt worden. — Verstärkt worden sind schließlich verschiedene Etatstitel.

Deutsche Theatergemeinde. Die Tegernseer kommen! Es ist der Deutschen Theatergemeinde gelungen, die weltbekannten Tegernseer am 30. Januar, abends 8 Uhr und am 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Saale der Reichshalle, ulica Sokolska, zu einem Gesamtgastspiel zu verpflichten. Zur Aufführung gelangen: am 30. 1.: „Die drei Dorfheiligen", ein toller Bauernschwank von Max Neal und Max Ferner und am 3. Februar: „Der Jäger von Fall", Volksstück von Ludwig Ganghofer. Dem Unternehmen, das aus 20 Personen besteht, geht ein ausgezeichneter künstlerischer Ruf voraus. In allen Städten und internationalen Kurorten sind die Tegernseer mit ihren volkstümlich-künstlerischen Spielen berühmt und populär geworden. Neben ausgezeichneten darstellerischen Kräften, die einzeln und in ihrer Gesamtheit überall eine begeistert-anerkennende Presse gefunden haben, verfügt das Unternehmen noch über ein eigenes Konzertterzett, Virtuosen auf spezialbayrischen Musikinstrumenten (Streichmelodion, Konzertzither, Kontrabaßguitarre), die kraft ihres vollendeten Spieles allerwärts mit größtem Beifall aufgenommen wurden. Die Internationalität des Unternehmens beweist dessen Qualität. Der Vorverkauf findet an der Kasse des Deutschen Theaters statt. Telefon 1647.

Ein resoluter Aufständischer. Seit längerer Zeit herrschten zwischen dem Untermieter, dem Aufständischen Paul K. und seiner Wohnungsvermieterin, der Ehefrau Gertrud W. in Neudorf Unzuträglichkeiten. Am 13. August v. Js. kam es erneut zwischen beiden Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen, welche schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. K. ergriff einen Tiegel von der Ofenbank und schlug damit mehrmals auf die wehrlose Frau ein. Die Mißhandelte erlitt erhebliche Kopfverletzungen und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Gegen den Wüterich wurde Anzeige erstattet. Am gestrigen Mittwoch hatte sich K. vor dem Sond Grodzki in Kattowitz zu verantworten. Vor Gericht versuchte sich der Angeklagte rein zu waschen, indem er die Wohnungsinhaberin als Hauptschuldige bezeichnete. Nach Vernehmung der Zeugen wurde der Beklagte wegen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt. Dem Angeklagten wurde eine Bewährungsfrist für die Zeitdauer von 2 Jahren gewährt.

Königshütte und Umgebung

60 jähriges Jubiläum der Stadt Königshütte.

In diesem Jahre kann die Stadt Königshütte auf ihren 60. Geburtstag zurückblicken. Nach einer Verfügung des damaligen Innenministers wurden die Wahlen zum Magistrat und Stadtverordnetenversammlung angeordnet, womit die Stadtverwaltung der Stadt am 1. Mai 1869 in Kraft trat. Auf Grund der damaligen Bevölkerungszahl bestand die erste Stadtverordnetenversammlung aus 30 Mitgliedern, heute zählt die Stadtverordnetenversammlung 54 Mitglieder. In Anbetracht des Jubiläums werden einige Festlichkeiten, verbunden mit Weihe des neuen Rathauses geplant. Eine Festschrift für die ein Betrag von 2000 Zloty vorgesehen ist, wird den Werdegang von den Anfängen der Stadt bis zum heutigen Tage ausführlich schildern. Wir werden noch in einem besonderen Artikel auf das Jubiläum der Stadt zurückkommen.

Nachmusterung. Am Freitag, den 25. Januar, tagt nachträglich in Königshütte die Aushebungskommission. Aushebungspflichtige, soweit sie dem Bezirkskommando unterstehen, haben sich an diesem Tage im P. K. U. (Bezirkskommando) an der ulica Piastowska 3 um 8 Uhr vormittags zu melden.

Ein zweites Finanzamt? Der Finanzausschuß der Wojewodschaft hat u. a. beschlossen, in Königshütte ein zweites Finanzamt zu errichten. Soweit keine Unterbringungsmöglichkeit vorhanden sein sollte, werden entsprechende Gebäude auf Staatskosten erbaut. Seit langem haben die städtischen Körperschaften in Königshütte für diesen Zweck dem Finanzministerium die frühere Grünanlage gegenüber dem Bahnhof kostenlos überlassen.

Aufhebung der Klaviersteuer. Dem Beispiel anderer Gemeinden folgend, beschloß die Budgetkommission, die bisherige Steuer von Klavieren und Harmoniums, die nur einen geringen Betrag einbringt, in das diesjährige Budget nicht aufzunehmen und die bisherige Steuer aufzuheben. Dasselbe gilt von der Plakatsteuer.

Aus dem Fundbüro. In der Polizeidirektion Königshütte wurden mehrere auf der ulica Ks. Galeckiego gefundene Bürsten abgegeben. Genannte Gegenstände können daselbst im Zimmer 14 abgeholt werden, desgleichen ein zugelaufener Dobbermann bei Paul Kopiecki an der ulica Skargi 22. — Am Donnerstag, den 24. Januar, wird im Hofe der Polizeidirektion ein Schäferhund versteigert.

Aus Chorzow. In der letzten Gemeindevertretersitzung, die vom Gemeindevorsteher Siwy eröffnet und geleitet wurde, bewilligte man 5950 Zloty zur Deckung der beim Bau des Aufständischendenkmals entstandenen Kosten (!). — Für das gegenwärtige Budget wurden Nachtragskredite in Höhe von 9000 Zl. bewilligt. — Ein Antrag zwecks Niederschlagung von Krankenkosten für einen Chorzower Bürger wurde abgelehnt, jedoch die Zahlung in Raten genehmigt. — Dem Jahresbericht nach wurden 12 Sitzungen abgehalten, in denen 94 Angelegenheiten behandelt wurden. Der Besuch der Sitzungen seitens einiger Gemeindevertreter ließ viel zu wünschen übrig. Mit Recht wird erhofft, daß es in diesem Jahre anders wird. — Ein Statut betr. die Regelung der Polizeigebühren fand Annahme.

Myslowitz

Um die Gasschadengelder.

Bis vor zwei Jahren, bevor die Amerikaner den größeren Teil der Aktien der Bergwerk- und Zinkhütten-Gesellschaft Georg v. Giesches Erben übernommen haben, bekamen die wenigen in Rosdzin-Schoppinitz ansässigen Bauern prompt und pünktlich ihr Gasschadengeld zugestellt. Seit dem nun die Amerikaner in der Giesche-Sp. Akc. herrschen, haben die Rosdzin-Schoppinitzer Bauern nichts erhalten, und der Verband derselben mußte gegen die Gesellschaft klagbar vorgehen.

Nun aber hat die hiesige Bauernschaft in den Jahren 1902/06 in dieser Angelegenheit geklagt und wurde ihr von den damaligen Preußischen Gerichten die Notwendigkeit einer Gas- und Rauchschäden-Entschädigung zugesprochen. Bekanntlich werden bei der Zinkgewinnnung Gase erzeugt, welche in der Folge das Ausüben der Landwirtschaft sehr benachteiligen. An Viehzucht kann gar nicht gedacht werden, weil durch den Genuß der Gräser das Vieh sich nicht entwickeln kann. Der Boden wird durch die Zinkgase, Schwefeldünste, die in den Morgenstunden wie Nebelschwaden über dem Ort dahinziehen und auf dem Feldgelände ablagern in Mitleidenschaft gezogen, indem diese Gase den Gärungsprozeß des Humusbodens beeinträchtigen und dadurch die Aussaat in der weiteren Entwicklung behindert wird, was eine Gefährdung der Existenz der Bauern hierorts bedeutet. Das hat man **damals** von seiten der Gerichte erkannt. Die Giesches Erben mußten Gas- und Rauchschäden zahlen. — Die Amerikaner, unter denen die Vergiftung der Rosdziner Gegend noch weitere Fortschritte gemacht hat (Elektrolitanlage), scheine den damaligen Gerichtsbeschluß nicht anzuerkennen. Der damalige Gerichtsbeschluß stützte sich auf wissenschaftliche Untersuchungen der Chem. Physikalischen Lehrabteilung an der Universität in Breslau. Es ist anzunehmen, daß die derzeitige polnische Gerichtsbarkeit zugunsten der geschädigten Bauern entscheidet. Es ist in der Tat ein Jammer, an den Getreidefeldern zur Brinica entlang gehend, die kümmerlichen Ernteaussichten ansehen zu müssen, welche auf Konto der Rauch- und Gasentwicklung der Zinkgewinnung im Ort zu schreiben sind. Wie verlautet soll auf der Elektrolitanlage ein Rauchfang errichtet werden, der zur Entlüftung der Anlage dienen soll. Dann werden bald alle Einwohner von Rosdzin-Schoppinitz mit Gasmasken ausgerüstet werden müssen. Und der Verband für Gasschutz wird viel zu tun haben mit Referaten über das Thema: Wie schützt man sich vor Yperit, wenn dieses auch in kleinen Mengen in den Körper gelangt?

Börsenkurse vom 24 1. 1929

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91 zł
		frei =	8.92 zł
Berlin	100 zł	=	47.004 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	2.2 70 zł
	1 Dollar	=	8.91 zł
	100 zł	=	47.004 Rmk.

Siemianowitz

Gebäudesteuer. Bis zum 1. Februar d. Js. ist die 1. Rate der Gebäudesteuer fällig. Nach Ablauf dieser Frist werden 2 Prozent Verzugszinsen und 5 Prozent Exekutionsgebühren besonders erhoben.

Wichtig für Arbeitslose. Der Gemeindevorstand gibt bekannt, daß die Arbeitslosen sämtliche auf Unterstützung, Beschwerden usw. lautenden Anträge an die K. U. P. P., Zimmer 4, zu richten haben, von wo aus diese instanzengemäß weitergeleitet werden. Ein anderer Antragweg verzögert nur das Verfahren zuungunsten des Arbeitslosen. Namentlich ist der direkte Antrag an den Urzond Bezrobocia in Kattowitz, ulica Kosciuszki 49, von vornherein verfehlt.

Grubenunfälle. Auf Johannaschacht verunglückte der Häuer Just von Siemjanowitz durch Kohlenfall schwer; er erlitt Kopf- und Gesichtsverletzungen. Seine Ueberführung erfolgte in das Knappschaftslazarett nach Beuthen. — Auf Maxgrube wurden dem Tagesarbeiter Wengler aus Klein-Dombrowka im Becherwerk die Finger der linken Hand abgerissen. Er wurde nach Siemianowitz ins Lazarett geschafft.

Rohrbrüche en gros. Infolge mehrerer Rohrbrüche im Gebiet von Laurahütte ist für Mittwoch in diesem Teil das gesamte Wassernetz abgesperrt worden. In der Nachtzeit wird die Leitung wieder in Betrieb gesetzt. Sollte die Reparatur längere Zeit andauern, so werden die Hausbesitzer regelmäßig durch Gemeindeboten benachrichtigt, welche Meldung sie an die Einwohner weitergeben sollen.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Arbeitergesangverein „Einigkeit". Die nächste Gesangsstunde findet am Donnerstag, den 24. Januar, abends 7¾ Uhr, bei Bialas unter Leitung des Herrn Studienrat Birkner statt. — Am Freitag, den 25. Januar, 7½ Uhr abends, halten wir in demselben Lokal unsere Generalversammlung ab. Erscheinen aller aktiven und passiven Mitglieder Pflicht.

Am Altar

Roman von E. Werner.

1.

Der Herbstmorgen war grau und trübe. Der Nebel lagerte noch feucht und dicht auf der Erde, er hing in schweren Tropfen an den dunklen Tannenzweigen und deckte als leichter weißer Reif den Boden der kleinen Waldlichtung, die inmitten der umfangreichen S.schen Forsten lag. Am Rande der Lichtung stand ein junger Bursche von vielleicht sechzehn oder siebzehn Jahren in der grauen Uniform, wie sie die Leute des königlichen Försters gewöhnlich trugen, eine gedrungene kräftige Gestalt, die Jagdtasche an der Seite, das Gewehr auf der Schulter. Er schien augenblicklich jedoch keine Jagdzwecke zu verfolgen, sondern stand ruhig an einen Baum gelehnt und blickte mit gleichgültiger Miene in den Wald hinaus, als ein fernes Geräusch seine Aufmerksamkeit erregte. Es klang wie der Galopp von Pferden, der immer näher kam und in einiger Entfernung von der Wiese plötzlich aufhörte; statt dessen vernahm man Fußtritte, gedämpfte Stimmen wurden laut, Sporen klirrten; gleich darauf rauschten die Gebüsche und mehrere Offiziere traten auf den freien Platz.

„Wir sind die Ersten, scheint es!" sagte der eine von ihnen, ein schöner hochgewachsener Mann in der Uniform eines Rittmeisters, indem er flüchtig den Ort musterte.

Einer seiner Begleiter zog die Uhr. „Erst dreiviertel auf Acht! Wir sind zu scharf geritten; vor Acht werden sie schwerlich hier sein. Ihr hättet übrigens keinen schlechteren Morgen wählen können; der verdammte Nebel hindert ja überall!"

Der Rittmeister zuckte leicht die Achseln. „Bah! Auf unsere Entfernung sieht man klar genug. Wer von euch hat die Pistolen?"

„Halt!" rief plötzlich einer der jüngeren Offiziere. „Wir sind nicht allein! Wer steht dort?" Er wies auf den jungen Jäger am andern Ende der Wiese, der die Ankommenden mit einem raschen scharfen Blick gemustert hatte, aber, ohne sich weiter um sie zu kümmern, stehen geblieben war.

„Irgendein Jägerbursche", sagte der Rittmeister, gleichgültig hinübersehend. „Indessen, er scheint hier Posto gefaßt zu haben. Saalfeld, sieh zu, daß du den Menschen wegbringst; er könnte uns stören."

Der Angeredete folgte der Weisung, indem er über die Wiese schritt und die Unterhandlung mit dem Betreffenden einzuleiten begann; diese schien aber nicht das gewünschte Resultat zu haben, denn nach Verlauf von fünf Minuten kehrte der Leutnant aufgeregt und hochrot im ganzen Gesicht zu seinen Kameraden zurück.

„Nun? Was gibt es?" fragte ihn der Rittmeister.

„Der Mensch will nicht fort!" rief Saalfeld heftig. „Er ist widerspenstig und unverschämt im höchsten Grade; wir werden ihn zwingen müssen!"

„Damit er Lärm macht, uns seine Kameraden oder gar den Förster auf den Hals hetzt und dadurch vielleicht das ganze Renkontre in Frage stellt, nicht wahr? Mit Zwang ist hier nichts auszurichten; du wirst den Burschen mit deiner brüsken Art gereizt und uns wieder unnötige Schwierigkeiten bereitet haben. Ich werde selbst mit ihm sprechen." Damit schritt der Rittmeister, von den übrigen Offizieren gefolgt, auf den Jäger zu und redete ihn leutselig an.

„Hast du hier an dem Ort irgend etwas zu tun, mein Junge?"

„Nein!" lautete die sehr kurze Antwort.

„Oder wartest du vielleicht auf den Förster oder sonst jemand?"

„Nein!"

„Nun, dann wirst du uns wohl auch ohne Schwierigkeiten den Platz räumen. Wir beabsichtigen hier Schußwaffen zu probieren und wünschen dabei ungestört zu sein. Hier ist ein Trinkgeld für deine Gefälligkeit; geh jetzt und laß uns allein!"

Diese Worte wurden mit ruhiger, freundlicher Herablassung, aber doch in einem Tone gesprochen, der keinen Widerspruch zuließ, und die ganze Art und Weise hatte etwas so Gebietendes, daß das Gehorchen sich von selbst zu verstehen schien; aber ob der Jägerbursche nun zu denen gehörte, die sich nicht imponieren lassen, oder ob die brüske Art des Leutnants Saalfeld, der im Tone des Befehls seine Entfernung verlangte, ihn in der Tat gereizt hatte, — er kümmerte sich durchaus nicht um den dargebotenen Taler, sondern entgegnete trocken:

„Danke, Herr Offizier! Ich bleibe hier!"

„Aber ich sage dir doch, daß wir hier Schießübungen vornehmen wollen!" In der Stimme des Rittmeisters verriet sich bereits einige Ungeduld.

„Meinetwegen", war die kaltblütige Antwort. „Mich hindert das nicht."

„Aber uns!" rief der Offizier, nun auch gereizt werdend. „Wir wünschen überhaupt keinen Zuschauer, du hörst es ja!"

Der junge Jäger lehnte sich ruhig wieder an seinen Baum. „Ja, das höre ich. Ich bleibe aber nun einmal hier. Wenn also durchaus einer von uns gehen muß, so —"

„Unverschämter Bursche!" brauste Leutnant Saalfeld auf und legte die Hand an seinen Degen. Der junge Mensch trat einen Schritt zurück, sah ihn von oben bis unten an, nahm dann langsam sein Gewehr von der Schulter und untersuchte scheinbar den Hahn. So ruhig und kaltblütig diese Bewegung auch ausgeführt wurde, den Offizieren trat doch das Herausfordernde der Handlung vor Augen; sie nahmen eine drohende Haltung an, und der Widerspenstige hätte vielleicht seinen Trotz arg büßen müssen, wäre der Rittmeister nicht dazwischen getreten; auch er war offenbar heftig gereizt, aber er beherrschte sich.

„Keine Gewalttätigkeiten!" sagte er leise, doch in sehr entschiedenem Tone. „Das Forsthaus ist nicht allzuweit entfernt und ihr wißt, daß wir allen Grund haben, Aufsehen zu vermeiden. Wenn der Bursche durchaus nicht fortzuschaffen ist, so bleibt uns nichts andres übrig, als das Terrain zu wechseln. Seht zu, daß ihr einen andern geeigneten Platz im Walde ausfindig macht, während ich unsere Gegner hier erwarte."

Die Offiziere zeigten indes sehr wenig Lust, sich dieser Anordnung zu fügen; sie waren im höchsten Grade aufgebracht, und es bedurfte des ganzen Ansehens ihres Kameraden, sie von Gewalttaten gegen den unwillkommenen Störer abzuhalten, der vollkommen gleichgültig und unbewegt dreinschaute, als ginge ihn die Sache nicht im mindesten an. Es gab ein heftiges Hin- und Herreden, das erst durch die Ankunft dreier anderer Herren unterbrochen wurde. Sie blieben befremdet stehen, als sie den Wortwechsel auf der Wiese vernahmen, und blickten fragend auf die Offiziere. Leutnant Saalfeld trat sogleich höflich auf sie zu.

„Ich bedaure, meine Herren, Sie von einem sehr unangenehmen Zwischenfall in Kenntnis setzen zu müssen. Wir fanden bei unserer Ankunft hier diesen Menschen vor, der sich starrköpfig weigert, den Platz zu räumen, und auf keine Weise fortzuschaffen ist. Es wäre ein Leichtes, ihn mit Gewalt wegzubringen, aber Sie begreifen — der Lärm, den der Bursche erheben würde — es ist empörend!"

(Fortsetzung folgt.)

Von der Lessingfeier in Wolfenbüttel



Unter sehr starker Beteiligung aus dem ganzen Reiche fanden in Braunschweig und dem benachbarten Wolfenbüttel die Eröffnungsfeiern zu dem „Lessing-Goethe-Jahr“ statt. Unser Bild zeigt eine Gruppe prominenter Gäste vor dem Lessing-Haus in Wolfenbüttel. Von links nach rechts: Der Braunschweigische Oberbürgermeister Dr. Trautmann, der Präsident der Goethe-Gesellschaft Universitäts-Professor Dr. Petersen, der Braunschweigische Minister für Volksbildung Siewers, der Dichter Walter Bloem-Berlin und der Wolfenbüttler Bürgermeister Eyferth.

Der Polizeichef als Mörder

Wechsel in der Leitung der Neuyorker Polizei — Der größte Skandal in der Geschichte der Hudsonmetropole — Polizei dingt Mörder

Der Wechsel in der Leitung der Polizei von Neuyork bildet das Tagesgespräch der Hudsonmetropole. Wie schon berichtet, mußte der bisherige oberste Polizeichef Joseph A. Warren auf Veranlassung des Bürgermeisters Walker seinen Abschied nehmen, da er nicht mit der notwendigen Energie gegen das Verbrechertum aufgetreten sein soll. Um so rigoroser waltet der neu ernannte Grover A. Whalen seines Amtes. Anläßlich dieses aufsehenerregenden Wechsels erinnern amerikanische Blätter an die Zeit kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges, als in Neuyork ein durch ungeheure Korruption begünstigter Zustand der Gesetzlosigkeit herrschte, bis ein allzu krasser Fall an die Oeffentlichkeit kam, der den Skandal offenkundig machte, die Polizei auf das schwerste bloßstellte, und einen ihrer Chefs sogar auf den elektrischen Stuhl führte.

Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges standen die Spielhöllen in Neuyork in schönster Blüte, obwohl das Glücksspiel verboten war; die Mißstände wurden schließlich so arg, daß sich die Polizei zu energischen Maßnahmen gezwungen sah. Die Leitung der Operationen gegen die Spielhöllen wurde einem hohen Polizeioffizier Charles Becker, übertragen, der sich mit großem Eifer an seine Aufgabe machte. Auf sein Eingreifen hin wurde eine Anzahl kleinerer Klubs geschlossen. Plötzlich aber schien der Eifer Beckers nachzulassen; er geriet schließlich in Meinungsverschiedenheiten mit dem obersten Chef, der unzufrieden war, weil der Kampf gegen die Spielhöllen immer geringere Erfolge zeitigte. Als nun eine Zeitung

die noch in Betrieb befindlichen Spielklubs

namentlich aufzählte, und auf eine besonders gefährliche Spielhölle aufmerksam machte, die von einem sehr bekannten Spieler, namens Rosenthal, geleitet wurde, wurde der Polizeioffizier angewiesen, sofort eine Razzia in dem genannten Lokal vorzunehmen. Nur widerwillig fügte sich Becker dem gemessenen Befehl; er drang in den Klub ein und verhaftete einige Personen. Dies war das Signal zu einem ungeheuren Skandal. Der Leiter des Klubs erklärte öffentlich, daß er von der Polizei betrogen worden sei. Einer der höchsten Polizeioffiziere sei sein Sozius, und dieser habe ihm versprochen, daß er nichts von der Polizei zu befürchten hätte; er sei mit 20 Prozent vom Gewinn beteiligt und habe überdies 15 000 Dollars in das Unternehmen gesteckt. Dieser Kompagnon war niemand anders als Charles Becker.

Er hatte seinem Teilhaber mitgeteilt, daß er infolge der strikten Order seiner vorgesetzten Behörde eine Razzia bei ihm werde vornehmen müssen, Rosenthal brauche aber nichts zu befürchten, denn er werde ihm selbstverständlich nicht schaden. Als nun der oberste Polizeichef selbst die Untersuchung in die Hand nahm, wurde die Angelegenheit ernsthaft verfolgt, und der empörte Besitzer des Klubs begann „auszupacken“, obwohl er genau wußte, daß er damit

„sein eigenes Todesurteil unterzeichnet habe“.

Seine Ahnungen hatten ihn nicht betrogen Als er eines Morgens in einem Restaurant frühstückte, trat ein Mann an ihn heran und bat ihn, ihm auf die Straße zu folgen. Rosenthal ahnte nichts Gutes, ging aber schließlich doch hinaus und sah gerade noch ein graues Auto mit fünf Insassen auf sich zukommen. Der Wagen hielt, vier Männer sprangen heraus und gaben mehrere Schüsse auf ihn ab, und während der Spielklubbesitzer zusammenbrach, jagte das Auto mit seinen Insassen in höchster Geschwindigkeit davon. Eine Verfolgung, die von Polizisten unternommen wurde, erwies sich als erfolglos; später ergab sich, daß dies seine guten Gründe hatte.

Der Staatsanwalt Withmann, ein schneidiger Ankläger und begabter Kriminalist, dem die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung übergeben wurde, ging der Sache auf den Grund. Zunächst wurde Becker seines Postens enthoben und in einen Vorort versetzt. Nach langen Ermittlungen gelang es, die Nummer des Mordautos festzustellen und die Besitzer des Wagens zu verhaften. Im Verhör gaben sie an, daß ein Mann namens Rose den Wagen gemietet habe, und dieser gestand nach seiner Verhaftung, daß der Polizeioffizier Becker ihm befohlen habe, Rosenthal zu beseitigen. Wenn Rose sich geweigert hätte, diesen gefährlichen Auftrag auszuführen, hätte Becker ihn angezeigt, da er wußte, daß Rose

allerlei auf dem Kerbholz

hatte. Durch diese Drohungen eingeschüchtert, machte Rose eine Verbrecherbande ausfindig, die gegen gute Bezahlung auch den Mordauftrag ausführte. Auf dieses Geständnis hin wurde Becker endlich verhaftet. Sensation häufte sich auf Sensation, wichtige Zeugen verschwanden spurlos, andere, die B lastendes ausgesagt hatten, zogen diese Aussagen zurück. Zwei Tage vor der Verhandlung wurde ein Kronzeuge des Staatsanwalts auf offener Straße ermordet. Unter großen Vorsichtsmaßregeln wurde die Gerichtsverhandlung geführt, und Becker zum Tode verurteilt. Das schien aber auf ihn keinen besonderen Eindruck zu machen, denn er vertraute auf seine Macht und die seiner Hintermänner; so mochte er nicht ohne Grund auf Rettung hoffen. Er erreichte auch wirklich, daß ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet wurde; aber auch in der zweiten Verhandlung wurde das Todesurteil nicht aufgehoben, und am 31. Juli 1914 mußte er den elektrischen Stuhl besteigen. Neuyork atmete auf; man wußte, daß die Behörden nun endlich entschlossen waren, die Bevölkerung gegen die organisierten Verbrecherbanden zu schützen.

Das Mittelmeer als Kulturland?

Austrocknung durch Absperrung der Zuflüsse. — Die neue Kornkammer Europas. — Die größte Kraftquelle der Welt. — Ein gigantischer Plan.

Es gehört wahrlich viel Phantasie dazu, sich das Mittelländische Meer als eine fruchtbare Ebene mit Pflanzungen und Kulturen vorzustellen. So phantastisch dieses Bild auch anmutet, läßt es sich doch technisch erläutern und beweisen. Auf der Suche nach neuen Energiequellen, nach neuen Kulturen ist ja schon mancher phantastische Plan erstanden. Die Urbarmachung brasilianischer Urwälder, die Kolonisierung Sibiriens und viele andere Projekte spuken in den Köpfen von Ingenieuren und Leuten, die in ihrem vorauseilenden Geist schon den völligen Verbrauch unserer heutigen Energiequellen sehen und die Notwendigkeit, beizeiten neue zu erschließen. Der phantastische Plan, durch Absperrung der Zuflüsse das Mittelmeer gewissermaßen auszutrocknen und das gewonnene Land nutzbar zu machen, ist vor einiger Zeit in der ausländischen Presse stark kommentiert worden und hat überall berechtigtes Aufsehen erregt. Der Urheber dieses Planes ist ein Deutscher.

Regierungsbaumeister Hermann Sörgel hat dieses phantastische und doch realisierbare Projekt der Austrocknung des Mittelmeeres zur Gewinnung von Neuland und elektrischer Kraft konstruiert. Das Wort Austrocknung ist nicht ganz treffend gewählt, es handelt sich bei dem Plane Sörgels um die Senkung des Wasserspiegels, die allerdings eine teilweise Trockenlegung des Mittelländischen Meeres zur Folge haben würde. Dieses Projekt ist so gewaltig und kann so ungeheure politisch-wirtschaftliche Folgeerscheinungen zeitigen, daß ganz Europa daran interessiert sein muß.

Die Grundzüge seiner Idee hat Regierungsbaumeister Sörgel für den Laien in drei Fragen festgelegt: 1. Worin besteht die Idee des Projektes? 2. Wie ist es technisch ausführbar? 3. Welches sind die Vorteile des Projektes?

In Beantwortung der ersten Frage weist Regierungsbaumeister Sörgel auf die Entwicklungsgeschichte des Mittelmeeres hin.

In der letzten Eiszeit vor etwa 30 000 Jahren strömten bei Gibraltar die geschmolzenen Eismassen in die tiefer liegenden Binnenseen, und so entstand das Mittelmeer. Es ist ein Verdunstungsmeer, d. h. es würde sich senken, wenn es nicht ständig Zufluß vom Atlantischen Ozean, Schwarzen Meer usw., bekommen würde. Diese Zuflüsse sollen abgesperrt werden.

Die Wassermassen, die sich durch Flüsse in das Mittelmeer ergießen, sind verhältnismäßig geringfügig. Po und Nil werden schon durch Stauseen und Dammbauten für die künstliche Bewässerung der Länder in Anspruch genommen. Tiber und Ebro sind an sich wasserarm. Neben den Hauptzuflüssen durch die Dardanellen und die Straße von Gibraltar bliebe noch die Rhone zu sperren.

Ist das Projekt technisch ausführbar? Die Absperrung der 15 Kilometer breiten Straße von Gibraltar dürfte die Hauptschwierigkeit bilden. Um den Untergrund für die großen Dammbauten und Schiffsschleusen zu schaffen, müßte in jahrelanger Arbeit ein Teil der Sierra Nevada westlich von Gibraltar versenkt werden. Die Arbeiten am Bosporus und Suezkanal müßten gleichzeitig in Angriff genommen werden. Hand in Hand mit der Senkung des Wasserspiegels könnten die Schleusen für die Schiffahrt ausgebaut werden. Für das ganze Projekt hat Sörgel das Gesetz aufgestellt: Die Verdunstung des Mittelmeeres ist gleich seinem Zufluß. Die Wassermenge ist durch Messung der Zuströme feststellbar. Daraus ergeben sich Zeit und Ausdehnung der teilweisen Trockenlegung.

Und wie steht es mit den Vorteilen des Projektes? Welche Summen müssen zur Durchführung des Projektes ausgegeben werden? Lohnen sich da die technischen Bauten, der Ländergewinn? Was kann man also von der teilweisen Trockenlegung des Mittelmeeres erwarten?

Wenn man die Zuflüsse sperren würde, tauchten aus dem sinkenden Mittelmeer ganz neue Gestade auf. Neuland! Wie aus Messungen des Meeresgrundes hervorgeht, hätte dieses Land kein Gebirge.

Auch Griechenland, Kleinasien, Frankreich und Ostspanien erhielten durch die Trockenlegung des Mittelmeeres großen Länderzuwachs. Eine alte Kultur tauchte wieder auf und verwandelte sich in eine neue, lebensfähige, fruchtbare. Die Gebiete, die sich aus dem Mittelmeer erheben würden, waren in grauer Vorzeit von Menschen bewohnt. Hier dehnten sich reiche Pflanzungen aus, hier stand die Wiege der westlichen europäischen Kultur. Versanken hier einst in den Tiefen des Mittelländischen Meeres wertvolle Kulturwerke, wir nähmen durch unser Projekt dem Wasser wieder die verborgenen Schätze, für Prähistoriker und Archäologen böte sich ein kaum vorstellbares Gebiet von Funden, neue Menschen siedelten sich hier an, reiche Ernte würde die Arbeit der Menschen lohnen.

Den größten Vorteil fände Europa in der Neugewinnung von ungeheuren Wasserkräften. Elektrische Kraftwerke könnten ganz Europa mit Strom versorgen. Ein ausgedehntes Verkehrsnetz zöge sich durch das Mittelmeerland, die Schiffahrt wäre nur noch auf den letzten Resten des Meeres anzutreffen, auf dem Lande aber wickelte sich der Verkehr in viel größerem Tempo ab. Die gesamten Eisenbahnen könnten elektrisch betrieben werden.

Hier konnte nur in kurzen Andeutungen das Projekt des Regierungsbaumeisters Sörgel gestreift werden. Aber bietet es nicht auf den ersten Blick überraschende Perspektiven? Die Schwierigkeiten sind nicht zu verkennen, nur ein zäher Wille, nur der Zusammenschluß aller europäischen Länder könnte dieses Projekt ermöglichen. Vielleicht aber scheitert das Projekt gerade an dieser Forderung. Welche politischen und wirtschaftlichen Konstellationen ergäben sich nach der Durchführung eines solchen Projektes. Die Ländergier flackerte an allen Grenzen auf, die Politik intrigierte, die Waffen klirrten. Der Parteigeist wäre stärker als die Hingabe an ein großes Weltideal.

Sollte nicht aber die gemeinsame Arbeit an diesem Ziel die Völker einander näherbringen und dazu beitragen, daß der Geist des Fortschritts über den Geist der Zersetzung triumphiert? Auf dem Wege zu diesem Ziel bedeutete die Arbeit an diesem Projekt einen sehr ernsten, wichtigen Schritt.



Die Kirche als Tribunal

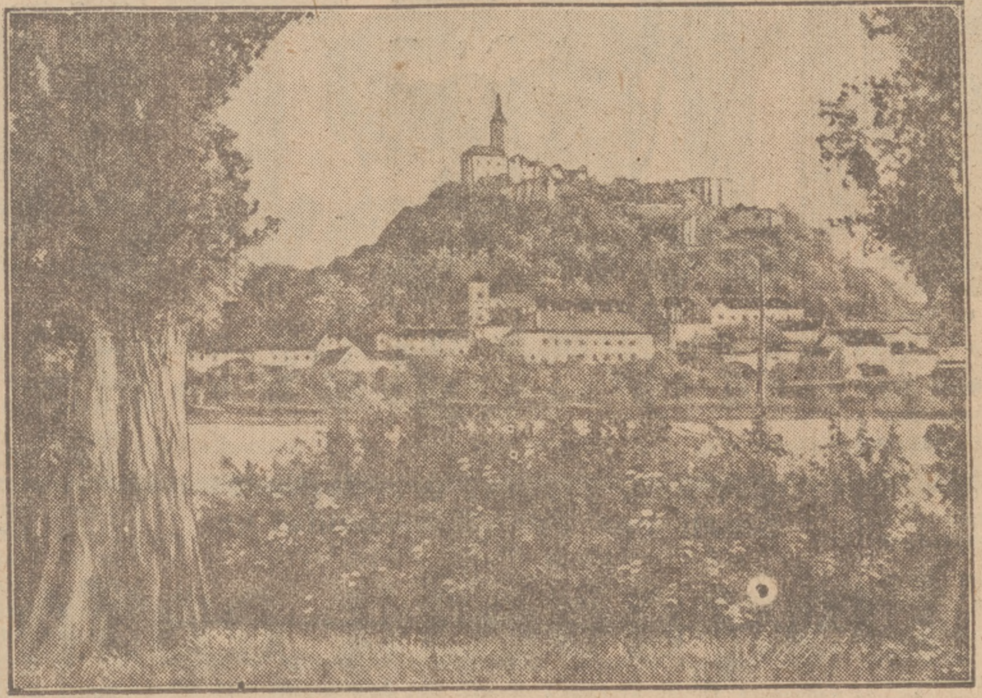
Der Sonnenburger Beamtenprozeß findet in der Zuchthauskirche statt. — Die Abbildung läßt das Getäfel der Kirche deutlich erkennen.

Das deutsche Burgenland

Der jüngste Bundesstaat Oesterreichs, das Burgenland, strebt eine Vertiefung seiner inneren Verknüpfung mit dem Deutschen Reiche an. In diesem Sinne unternimmt der Landeshauptmann-Stellvertreter Leser, einer der Führer in den Aufbauarbeiten des Burgenlandes, zur Zeit eine mehrwöchige Vortragsreise durch das Reich, um in München, Berlin, Königsberg, Danzig, Hamburg, Duisburg, Köln, Essen, Frankfurt a. M., Stuttgart und Dresden über die besonderen Probleme zu sprechen, die durch die Zuteilung des Burgenlandes an Oesterreich entstanden sind.



Landeshauptmann-Stellvertreter Leser



Burg Güssing
im südlichen Burgenland — eine der zahlreichen Burgen, die dem Lande seinen Namen gegeben haben.



Burgenländisches Brautpaar
aus Mörbisch am Neusiedlersee.

Besuch bei Zigeunern

Von K. R. Neubert.

Kulturarbeit an den Zigeunern.

Unsere Zeit hat sie noch nicht verschwinden lassen. Die Maschine hat ihr Sein noch nicht verschluckt. Die entzauberte Landstraße trägt noch den Schritt wandernder Gesellen, hört über sich das Rollen schwankender Zigeunerwagen, und Geigen und fremde Lieder darin. Zigeuner ziehen noch durch die Lande. Im Winter zwar, wenn die Wälder erstarrt stehen und über die Landstraße Schneeflocken treiben, hat das unruhige Volk irgendwie Schutz gesucht, ist es untergekrochen in elenden Mietskasernen und Dorfhütten. Nirgends sind sie gern gesehen. So bald es irgend geht, werden sie wieder abgeschoben, hinaus auf die Landstraße gesetzt, weiter nur zu, weiter nur zu! Vagabunden sind sie. Müssen sie sein!

Wer hat wohl das Wort von der Zigeunerromantik geprägt? Sah da einer, dem die Luft in seiner Stube zu muffig wurde, vom Fenster aus ein paar Zigeunerwagen vorüberschwanken? Braune Gesichter lugten hinter der Scheibe hervor, schwarzglänzendes Haar über der Stirn und blitzende Augen darunter. Woher kamen diese Wagen, wohin zogen sie? Noch polterten die Räder über das Pflaster, und eine Geige summte wanderlustig dazu. Dann war alles wieder still, die Landstraße hatte sie aufgenommen, der Wald ihnen seine Pforten geöffnet, und dort im Hause, wo der melancholische Träumer stand, schloß sich wieder ein Fenster. Da erstand wohl die Zigeunerromantik, am Fenster, am Schreibtisch, im Herzen. Da sah der Geist Lagerfeuer am Waldrande und tanzende Zigeunerinnen... Ein Leben in Freiheit und Fröhlichkeit! Romantik!

Man sieht sie auch noch anders: als Wahrsagerinnen und Kartenlegerinnen, als Diebe und Raufbolde. Nur richtig sieht man sie nicht. Als Menschen nämlich! Was hat man je für sie getan? Wie hat man ihnen zu helfen versucht? Wie wenige von uns haben Gelegenheit gehabt, diesen Brüdern von der Landstraße ohne Vorurteile entgegenzutreten, nicht nur an vorbeiziehenden Wagen oder auf Jahrmärkten, sondern in ihrem Heim, wenn man so sagen kann, in ihrer Siedlung, in einem Zigeunerdorf. Da gibt es: seßhafte Zigeuner! Zigeunerdörfer! Zigeunerschulen! Zigeunerbürgermeister — und wahlberechtigte Zigeunerbürger!

Im Burgenlande, das etwa 300 000 Bewohner zählt, leben 5000 Zigeuner. Es war für die burgenländische Landesregierung eine schwere Aufgabe, diese von der alten Donaumonarchie übernommenen Zigeuner, die man als soziales Uebel ansehen mußte, seßhaft zu machen und in den festen Kreis regelmäßiger Arbeit einzuziehen. Man gab ihnen Land, führte den Schulzwang für Zigeunerkinder ein und suchte durch gutgemeinte behördliche Maßnahmen dem Unwesen des Freilagerns, des Umherziehens zu steuern. Früher kannten sie nicht einmal ihren Namen, heute hat jeder seine Legitimation, jeder Zigeuner über zwölf Jahre wurde dem Fingerabdrucksverfahren unterworfen, photographiert und mit amtlichen Identitätskarten versehen. Zur Ausübung eines Gewerbes brauchen sie diesen Schein. So ist langsam Ordnung in die bunten Reihen der Zigeuner gekommen. Man hat ihnen Arbeit vermittelt, sie gehen in die Fabriken, in die Bergwerke, arbeiten beim Bahnbau und sind teilweise fleißige Arbeiter, zumal im Akkord. Nach zwanzig Wochen haben sie Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, darum bemüht sich jeder um Arbeit und gewöhnt sich an straffe, regelmäßige Tätigkeit. Sie sind nach dem Gesetz vollwertige Staatsbürger. Sie haben in ihren Siedlungen Bürgermeister gewählt und sind sich ihrer staatsbürgerlichen Rechte durchaus bewußt. So brachten sie zu einer Wahl in ihrer Gemeinde eine eigene Zigeunerliste, worüber die bürgerlichen Parteien einen großen Schreck bekamen und ihre Kandidaten zurückziehen wollten. Beinahe wäre die Zigeunerliste gewählt worden, sie hätten Steuern erhoben und Straßen gebaut, nur dem Zureden der Behörde gelang es, die Zigeuner für die Liste der bürgerlichen Parteien umzustimmen.

Im Zigeunerdorf.

Wir wollen den Zigeunern einen Besuch abstatten. Wir wollen mit dem Zigeunerbürgermeister sprechen. Ein Auto bringt uns nach Oberwarth, dem größten Zigeunerbezirk. Hier sind 2700 Zigeuner ansässig. Kurz vor dem Dorfe verteilt unser liebenswürdiger Begleiter, Professor Eitler, ein Dutzend Zigarettenschachteln an uns, Geschenke für die Zigeuner, Zigaretten macht die Bande zutraulich. Kaum hält unser Wagen vor der Siedlung, da stürzen schon zwanzig, dreißig braune, lärmende Kinder auf uns. Sie sprechen eine furchtbare Sprache. Magyarisch? Kroatisch, deutsch? Es ist zigeunerisch und nur ein Wort klingt vertraut: Zigaretten! Kinder, fünfjährige Kerle, bitten uns um Tabak! Mädchen! Kaum können wir uns der Kleinen erwehren, unter unaufhörlichen Bitten verfolgen sie uns. Nun stehen wir mitten im Dorfe. Aus den Türen der Häuser treten Zigeunerfrauen, junge Burschen betrachten uns neugierig. Zigaretten? Wir sehen uns die Wohnungen an. Es sind Hütten, elende, schmale Hütten. Muffige Luft schlägt uns daraus entgegen. Ein eiserner Ofen steht in einer Ecke. In der anderen liegen Decken. Das ist das Nachtlager für den Mann, die Frau, die Kinder! Es schüttelt uns. Jede Hütte sieht so aus. Immerhin sieht man dort einen Besen. Ein Symbol der Sauberkeit.

Die Menschen um uns reden ohne Unterlaß in ihrer Zigeunersprache und deutlich mit ihren festen, braunen Händen in der Luft. Eine Krone! Zigaretten! Das Betteln steckt ihnen doch im Blut. Schöne Gestalten sieht man. Echte Zigeunergesichter. Manchmal überraschend blondes Haar, blaue Augen. Spiel der Natur! Hier schleichen auch viele alte, häßliche Frauen herum. Abgearbeitete Menschen. Die größte Arbeit liegt auf den Schultern der Frau. Sie muß Holz im Walde sammeln und für Essen sorgen. Und jedes Jahr bringt sie ein Kind zur Welt. Ich sah eine junge Zigeunerin, siebzehnjährig vielleicht, die trug ein Kind auf dem Arm und schon wieder ein anderes unter dem Herzen. Rasch verblüht ihre Schönheit...

Der Bürgermeister ist ein alter, wetterfester Mann. Sein Haar ist weiß. Er spricht nicht viel. Aber er trinkt gern einen Schnaps. Er ist viel umhergezogen als Junger und wünscht seinen Söhnen ein ordentliches Leben. Wie wir noch mit ihm sprechen, beginnt draußen plötzlich ein seltsames Konzert. Die Dorfkapelle ist herbeigeeilt und bläst uns zu Ehren auf alten Instrumenten. Das kostet Zigaretten und ein paar Kronen. Die Musik fährt den Kindern in die Beine. Sie tanzen. Sie umfassen sich und drehen ihren Leib nach dem Rhythmus der Musik. Wir werfen Groschen unter die Tanzenden, und da lösen sie sich, werfen sich zu Boden, kämpfen um jedes Geldstück.

Diese Menschen müssen zu ordentlichen Bürgern erzogen werden! Dieses seelische Chaos ist zu ordnen. Diese Vererbungserscheinungen sind auszumerzen! Zigeuner sollen zu ordentlichen Menschen herangebildet werden! Welche Arbeit! Vor einigen Jahren noch wußten sie ihren Namen nicht. Sie zogen umher. Sie stahlen. Heute gehen sie zur Schule, lernen, arbeiten. Wohnen an einem Ort. Wir, die wir aus Großstädten kommen und in Zimmern wohnen mit elektrischem Licht, Zentralheizung und Warmwasserleitung, wir blicken uns zwar entsetzt in der Zigeunerwohnung um, aber man kann doch nicht verkennen, daß Arbeit an diesen Menschen geleistet wurde. Was fehlt diesen Menschen noch, um gute Bürger, nützliche Mitglieder der Gesellschaft zu sein? Jahrzehnte der Ordnung fehlen ihnen, Jahrzehnte straffer Disziplin, dann wird auch ein Zigeunerdorf anders aussehen.

Leber als Heil- und Nahrungsmittel

Von Dr. Michael Richter.

Die Leber wird mit Niere, Milz und Hirn und Kalbsbries (Kalbsmilch) zu den Schlachtabgängen oder, wie der technische Ausdruck heißt, „Innereien" gerechnet. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese „Abfälle" weniger nahrhaft oder minderwertig seien. Milz, Niere und Leber unterscheiden sich vom übrigen Fleisch, also vom Muskelfleisch, durch ihre drüsige Struktur und ihren Zellenreichtum. Der Geschmack dieses Fleisches ist ganz andersartig als der von Muskelfleisch. In bezug auf ihren Vitamingehalt sind sie dem Muskelfleisch sogar weit überlegen. — Die Leber selbst ist ein zellreiches Organ, stark mit Bindegewebe durchsetzt (Haut). Sie enthält viele Harnsäure bildende Stoffe, viel Eisen und tierische Stärke (Glykogen). Sie wird als Nahrungsmittel hoch geschätzt, trotz ihres eigenartigen Geschmacks. Feinschmecker würdigen Leber, besonders Kalbsleber, als kulinarischen Genuß. Es gibt aber Menschen, die eine ausgesprochene, unüberwindliche Abneigung gegen alle Art von Leberspeisen haben. Für Gichtkranke oder Patienten mit irgendwelchen Leiden, die durch übermäßige Ablagerung von harnsauren Salzen hervorgerufen sind, ist der Genuß von Leber selbstredend schädlich. Wenn man aber im übrigen die Leber als unverdaulich hinstellt, hat man Unrecht. Ist sie genügend lange gekocht, ist sie genau so gut verdaulich wie jedes andere Fleisch. Nach gründlichem Kochen ist der ausgeschabte Zellbrei der Leber in geringen Mengen für Kranke sogar gut bekömmlich.

Seit zirka 3 Jahren hat man die Leber auch in den Medikamentenschatz aufgenommen. Es ist an sich nicht neu, daß man Nahrungsmittel zugleich als Arzneimittel verwendet. Die Organo-Therapie, d. h. die Darreichung von tierischen Organen als Ersatz für chemische Stoffe, die in diesen Organen gebildet werden, ist uralt. In neuerer Zeit verwendet man auch Kalbsbries oder Kalbsmilch als Heilmittel. Ob der Erfolg wirklich durchgreifend ist, läßt sich nach so kurzer Zeit nicht mit Bestimmtheit sagen. Letzten Endes ist die gesamte diätetische Behandlung nichts anderes als die Verwendung bezw. Bevorzugung bestimmter Nahrungsmittel zur Linderung und Heilung von Krankheiten. Man denke nur an die jetzt so modernen Obst- und Gemüsekuren oder an die Milchkuren.

Man kann sich ja vorstellen, daß ein Organ, das so wichtig ist wie die Leber, auch vielerlei Heilstoffe enthalten kann. Bekanntlich muß das Blut, das die aus den Verdauungsorganen stammenden Produkte dem Körper zuführen soll, erst die Leber als Kontrollstation passieren, ehe es in den Kreislauf mündet. Andere Stoffe werden hier ihrer giftigen Wirkung beraubt. Wieder andere Substanzen, darunter auch die Vitamine, werden in der Leber aufgestapelt, weswegen sie den Namen des Zentrallaboratoriums hat.

Die Kenntnis der Heilwirkung aus der Dorschleber ist uralt. Skrufulöse, rachitische und besonders schwächliche Kinder nehmen Lebertran mit ausgezeichnetem Erfolg. Schon vor 30 Jahren empfahl ein Berliner Forscher den Genuß von Schweineleber gegen Blutarmut. Man hat seine Angaben vergessen; er selbst hat wahrscheinlich die Tragweite seines Problems nicht genügend erkannt und die Anwendungsmöglichkeit nicht exakt abgegrenzt. Der Genuß von Leber ist nach genauen Forschungen nicht schlechthin gegen Blutarmut im allgemeinen anzuwenden, sondern gegen eine bestimmte Art von Bluterkrankung, die sogenannte „Perniziöse Anämie". Die Perniziöse Anämie (Perniziös heißt gefährlich, verderblich) führte früher fast ausnahmslos zum Tode. Die Entstehungsursache dieser Krankheit ist der Forschung nicht vollkommen bekannt. Man nimmt an, daß durch eine außerordentlich starke Bildung von Stoffen giftiger Natur, die vielleicht aus dem Darm kommen, die Blutbildungsstätte des Erwachsenen, das Knochenmark, geschädigt wird. Wenn uns auch die Ursache nicht völlig klar ist, so wissen wir jedenfalls sicher, daß es zu einer Zerstörung des Blutes kommt. Die Blutkörperchen gehen einer fast völligen Auflösung entgegen und der Blutfarbstoff geht unaufhaltsam zugrunde.

Der gesunde Mensch hat in einem Kubikmillimeter rund 4½—5 Millionen Blutkörperchen. Bei der Perniziösen Anämie vermindert sich diese Zahl auf 2, sogar auf 1 Million. Der Gehalt an Hämoglobin (Blutfarbstoff) sinkt von 70—80 Prozent auf 20 Prozent. Die an dieser Krankheit Leidenden sehen wächsern bleich aus, der Stoffwechsel ist völlig gestört. Man hat bisher ohne Erfolg versucht, die Blutzersetzung aufzuhalten. Weder Eisen- oder Arsen-Behandlungen noch die neuen Bluttransfusionen (Blutübertragungen) hatten einen durchgreifenden Erfolg. Man erreicht bestenfalls einen vorübergehenden Stillstand des Blutzerfalls.

Die neuen bahnbrechenden Versuche zur Heilung der Perniziösen Anämie beruhen auf einer bereits ausexperimentierten erhöhten Zufuhr von Leber. 150—200 Gramm Leber täglich bewirken stetige, langsam anwachsende Besserung. Rinder- sowie Kalbsleber in rohem, gebratenem oder gekochtem Zustand eignen sich dazu. Am besten soll frische, rohe Leber, fein gewiegt und mit Zitronensaft gemischt und auf Eis gekühlt, sein.

Diese Versuche sind ursprünglich in Amerika gemacht worden. Man hat aber die Leberbehandlung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in allen andern europäischen und außereuropäischen Ländern durchgeführt.

Wenn man davon ausgeht, daß ein bestimmter Stoff nötig ist, um die Reifung der Blutkörperchen im Knochenmark anzuregen und daß dieser Stoff den Patienten mit perniziöser Anämie fehlt, so kommt man zwangsläufig zu der Annahme, daß, wenn Leberdarreichung hilft, dieser Stoff in der Leber enthalten sein muß. Verschiedene Forscher haben daher aus der Leber einen Extrakt hergestellt, der ebenfalls wirksam ist. Wir wollen hoffen, daß die Entdeckung bezw. Reinherstellung dieses Stoffes, die der medikamentösen Behandlung von Blutkrankheiten die Wege ebnen wird, in absehbarer Zeit gelingt.

Die bestrafte Liebesheirat

Das Ende eines Baltenbarons.

Riga. Im Irrenhause Rotenberg bei Riga starb in diesen Tagen der Baron Heinrich v. Rautenfeld. Damit fiel der Vorhang über den letzten, trostlosen Akt einer Tragödie, die einst, vor 18 Jahren, weit über Riga hinaus Entsetzen erweckte.

Der junge Baron Rautenfeld war der Erbe eines der größten baltischen Güter, eine glänzende Laufbahn beim Petersburger Hof stand diesem Sproß eines alten, stolzen Adelsgeschlechts bevor. Da verliebte er sich in die Tochter eines lettischen Bahnwärters, Emilie Kugeneck, die Stubenmädchen auf dem Schloß des alten Barons war. Er folgte dem Ruf des Herzens und heiratete sie.

Diese Ehe zwischen einem baltischen Baron und einem Mädchen aus dem lettischen Volke war das Schlimmste, was in diesen streng abgeschlossenen, ungeheuer hochmütigen Kreisen der baltischen Adelskaste passieren konnte, schlimmer als Leichtsinn, schlimmer als Verbrechen. Eine Erklärung nur gab es dafür, daß ein Baron sich soweit verirren konnte, eine Lettin zu heiraten — Wahnsinn. Und Baron Rautenfeld wanderte in die Irrenanstalt. Faktisch war bei diesem Sproß einer durch Inzucht degenerierten Familie Zeichen des geistigen Verfalls vorhanden. Ob sie aber derart waren, daß sie seine Gefangensetzung rechtfertigten, läßt sich heute nicht mehr entscheiden. Jedenfalls hatte die Familie gesiegt, die Lettin zog nicht als Gutsherrin auf dem Schlosse der Rautenfelds ein. Der kurzen Zeit des ehelichen Zusammenlebens waren zwei Söhne entsprungen.

Der unglückliche Baron versuchte mehrfach aus dem Irrenhause zu entweichen, immer wieder wurde er ergriffen. Sogar im Auslande wußte man ihn zu finden. Dann kam der Tag, an dem sich sein Schicksal endgültig entschied. Es war im Jahre 1912, wieder einmal war er aus der Irrenanstalt entwichen und hielt sich in einem Hotel in Riga auf. Da kam der Chefarzt der Anstalt, Dr. Schönfeld, einer der damals berühmtesten Psychiater ganz Rußlands, mit zwei Polizisten, um ihn einzufangen. Rautenfeld war aber diesmal bewaffnet und als Dr. Schönfeld ins Zimmer trat, streckte er ihn durch einige Schüsse nieder. Dann ging er freiwillig zurück ins Irrenhaus und unternahm von da an keinen Fluchtversuch mehr.

Sechzehn Jahre lebte er noch ein trauriges und trostloses Leben, bis ihn jetzt der Tod von diesem Los befreit hat. Die Frau mit den zwei Söhnen hat still und ergeben die schwere Bürde auf sich genommen und ihren Kindern eine gute Erziehung zuteil werden lassen: die Mittel dazu hat sie durch ihrer Hände Arbeit beschafft, denn von dem großen Erbe des einstigen Schloßherrn ist nichts mehr geblieben. Auf dem einstigen Baronsgut schuften heute die lettischen Neusiedler, um das Stückchen Land, daß sie bei der großen Aufteilung erhielten, in die Höhe zu bringen.

Vermischte Nachrichten

Hundefriedhöfe.

Berlin, das stets bestrebt ist, ausländische Einrichtungen nachzuahmen, hat sich nach Pariser und Londoner Vorbild nun auch einen Hundefriedhof zugelegt. Am 1. Januar ist in Stahnsdorf im Kreise Teltow ein neuer moderner Hundefriedhof eröffnet worden. Unweit des Teltowkanals ist dieser schöne Platz, die Ruhestätte dieser treuen Freunde und Wächter angelegt worden... Man wird in der Mitte des Friedhofes ein Monument aus Kalksandstein errichten, und auch die einzelnen Gräber werden durch eine Fläche von Rasengrün und Grabplatten aus Marmor und anderem Gestein eine bestimmte Ausschmückung erfahren. Es haben schon einige Beisetzungen stattgefunden. Einige besonders hübsche Inschriften auf dem Grabdeckel fallen angenehm ins Auge. „Hier ruht mein kleiner Lumpi, ein treuer und guter Dackel.“ Für eine Mindestgebühr von 10 bis 40 Mark, je nach Größe der Hunde gerechnet, werden die Gräber drei Jahre lang gepflegt und erhalten. Die toten Hunde werden täglich von 9—12 und von 1—4 in Empfang genommen.

Namenverwirrung in der Türkei.

Mustapha Kemal Pascha, der Präsident der Türkei, hat seine neueste Verordnung erlassen, die die Bevölkerung in eine neue Aufregung versetzt hat. Seit altersher hat jeder Türke seinen ehrlichen Namen Mohammed Ali, Hussein Hussni oder Suad Derwisch oder umgekehrt, und nun soll sich der Türke einen Bei-



Der neue Direktor der Berliner Staatlichen Porzellanmanufaktur

wird voraussichtlich Direktor Pfeiffer von der Meißener Manufaktur sein.

namen anlegen. Denn darin gipfelt dieser neueste Erlaß des gestrengen Herrn Mustapha Kemal, der ursprünglich nur Mustapha hieß, der sich aber den Zunamen Kemal anlegte, als er merkte, wie unzählig viele Türien Mustapha hießen. Unzählige heißen Mohammed Ali, unendlich viele heißen Hussein Husni. So ist es Sitte in diesem Lande des Halbmondes. Die Eltern geben ihren Kindern bei der Geburt zwei Namen, der zweite aber ist meistens der Name eines Propheten oder eines Heiligen aus dem Islam. Und da es gar nicht so viele Propheten und Heilige, aber umsomehr kleine Türken gibt, entstehen die merkwürdigsten Verwechslungen, und es ist gerade nicht angenehm, wenn Mohammed Ali 1 für Mohammed Ali 2 Steuer zahlen oder ins Gefängnis wandern muß. Ein belgischer Universitätsprofessor, der neulich im Auftrage der türkischen Regierung eine Statistik über Volkszählung aufstellte, gebärdete sich völlig wild, als er auf den vielen Seiten spaltenlalng immer wieder auf dieselben Namen stieß. Mustapha mit den angenommenen Namen Kemal verspricht sich sehr viel von dieser neuen Zwangsmaßnahme. Hat nun jeder Türke seinen Beinamen, den er beliebig wählen darf, so wäre die Arbeit der Behörden sehr erleichtert und Mohammed brauchte nicht für den anderen Mohammed Buße tun.

Die Schwefelinsel Vanua Lavax.

Eine der bemerkenswerten Erscheinungen der südlichen Halbkugel ist die Schwefelinsel Vanua Lavax. Die Insel ist ungefähr 100 Quadratmeilen groß und bildet mit ihrer 16 Fuß über dem Meeresspiegel sich erhebenden Gebirgskette ein ausgedehntes Schwefellager. Die Berge sind aus einem Gestein, das bis zu 90 Prozent Schwefel enthält. Der große Schwefelberg auf der Insel Vanua Lavax wird von den Eingeborenen sogar als Kurort benutzt, die ihre heilkräftigen Bäder in einer Höhe von 100 Fuß dort einnehmen. Dieser größte Schwefelberg auf der Insel bietet durch seine herrliche Lage einen prächtigen Anblick. Der Berg ist terrassenförmig gegliedert und von einer reichen und bunten tropischen Pflanzenwelt umgeben. Zwischen dem grünen Blätterwald leuchtet das grelle und glänzende Gelb des Schwefels hervor. Eine weitere Sehenswürdigkeit dieses Schwefelgebirges ist der sogenannte „goldene Bach“, der seinen Namen dadurch erhalten hat, weil er über die gelben, glänzenden Schwefelfelsen hinwegfließt und einen feinen, goldenen Schimmer bekommt. Dieser „goldene Bach“ strömt aus einer Höhe von 900 Metern und überquert mehrere Wasserfälle.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 416.

Freitag. 16: Konzert auf Schallplatten. 17: Geschichtsstunde. 17.25: Vortrag. 17.55: Konzert. 20.15: Symphoniekonzert, danach die Abendberichte und Plauderei in französischer Sprache.

Warschau — Welle 1111,1.

Freitag. 12.10 und 15.50: Schallplattenkonzert. 17: Vorträge. 17.55: Mandolinenkonzert. 19.10: Vorträge und Berichte. 20.15: Symphoniekonzert der Warschauer Philharmonie.

Gleiwitz Welle 326.4. Breslau Welle 321.2.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Freitag, den 25. Januar. 16: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau. 16,30: Kammerkonzert. 18: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende“. 18,15: Abt. Literatur. 18,35: Uebertragung aus Gleiwitz: Abt. Theaterwesen. 19,25: Hans-Bredow-Schule, Abt. Handelslehre. 19,50: Englische Lektüre. 20,15: Vierte Singstunde. 21,15: Fränze Roloff, Vaganten-Dichtung. 22: Die Abendberichte und Abt. Handelslehre.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Schlesiengrube. Montag, den 28. Januar 1929, abends 7 Uhr, findet beim Herrn Scheliga ein Lichtbildervortrag über „Das proletarische Kind“, von Dr. Bloch, statt. Um zahlreiches Erscheinen, meistens der Frauen, bittet der Vorstand.

Versammlungskalender

Achtung, Arbeiter-Sänger!

Gesangstunden finden für die Vereine wie folgt statt:
Donnerstag, 24., abends 7¾ Uhr, Biallas, Schwientochlowitz.
In Anbetracht der bevorstehenden Konzerte ist Erscheinen der Mitglieder bei den nachfolgenden Proben unbedingt erforderlich.

Kattowitz. Holzarbeiter. Sonntag, den 27. Januar, vorm. 10 Uhr, im Zentralhotel, Generalversammlung. Volles und pünktliches Erscheinen Pflicht.

Kattowitz. (Kinderfreunde.) Am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags um 5 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels eine Elternversammlung statt, zu welcher alle Genossen, Genossinnen und interessierten Eltern freundlichst eingeladen sind. Auch die Helfer und Führer der Gruppen sollen erscheinen. Referent: Genosse Dr. Bloch.

Schwientochlowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Freitag, den 25. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet in unserem Vereinslokal auf der Langestraße 17 unsere Generalversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht die Zahlstellenleitung.

Ruda-Hammer. (D. S. A. P.) Am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im bekannten Lokal die Generalversammlung der D. S. A. P. statt. Referent: Sejmabgeordneter Kowoll. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.